

Er scheint täglich außer Montags. Preis pro Nummer 1 Pf. ...

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeit ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Deutsch-Straße 2.

Sonnabend, den 3. März 1894.

Expedition: SW. 19, Deutsch-Straße 3.

Ein Jahrtausend zurück!

Wir haben bereits wiederholt Gelegenheit gehabt, dem interessanten Prozeß der Emsicherung sozialistischer Gedanken in die Bourgeois-Parteien unsere Aufmerksamkeit zu widmen.

Da kann man denn meist eine Wahrnehmung machen: So lange die sozialistisch infizierten Bourgeois-Politiker in getreuer Anlehnung an sozialdemokratische Vorbilder sich an die Kritik des Bestehenden halten, liefern sie häufig sehr wertvolle Beiträge zum Verständnis unserer dringend heilsbedürftigen Zustände.

Diesen nämlich Eindruck haben wir leider auch empfangen bei der Durchlesung einer im einzelnen ganz vortrefflichen Artikelserie in den Grenzboten: 'Neue Ziele, neue Wege'.

Soll eine Nation den Namen eines Volkes verdienen, so muß die überwiegende Zahl seiner Angehörigen aus Grundbesitzern bestehen; die Zahl der Besitzlosen muß sich auf die wirtschaftlich Verunglückten beschränken, und ihre Gesamtheit darf nicht etwa einen förmlichen Stand, gar einen wirtschaftlich notwendigen, geschweige denn, wie jetzt, den allernotwendigsten bilden.

Man reißt sich die Augen und vergewissert sich nochmals, ob man diese Vorschläge wirklich in einer deutschen

Zeitschrift des Jahres 1894 gelesen, oder ob man nicht zufällig das Nachwerk eines mündlichen Stribenten aus der Zeit der Karolinger in die Finger bekommen hat, als germanische Freilinge und Edeling ihr Land mit der Hilfe kriessgefangener Sklaven bebauten; oder ob uns das Buch eines griechischen oder römischen Philosophen noch ein Jahrtausend weiter zurück versetzt in die Zeit, als die Sklavenherrschaft mit den spießbüchigen philosophischen Systemen begründet wurde.

Sollen wir diese Vorschläge ernsthaft zergliedern? Immerhin, manches treffliche, was die 'Grenzboten' gebracht haben, mag uns entschuldigen.

Also, die gesammte, unbequeme Arbeit, die Fabrikindustrie zumeist, soll durch Sklaven fremden Stammes verrichtet werden? Woher die nehmen, sagt der Verfasser nicht. Das er meint, wir sollten etwa Russen und Franzosen zu Kriegssklaven machen und sie dann an der Kette für uns arbeiten lassen, mühen wir dem Verfasser doch noch nicht zu; für so verrückt halten wir ihn nicht; das müßte er erst selbst eingestehen.

Doch die Kullarbeit daheim will er ja noch ergänzen, durch die Eroberung neuen Ackerbaugebiets in den Nachbarländern. Wenn der verehrliche Grenzbote seinen Blick auch noch nach Osten richtet, so kommt sein Vorschlag doch wesentlich auf das nämliche hinaus, was der Bodenbesitzerreformer Plüschheim einmal für unsere westlichen Marken geplant hat: Die Neubeseidung fremder Länder nach vor-

heriger Vertreibung ihrer Bewohner. Gätten wir selbst die Macht dazu, so würde der heutige Stand unseres nationalen Empfindens uns eine derartige Barbarei verbieten. Aber glücklicherweise geht es ja überhaupt gar nicht einmal, denn gegen ein Volk, das eine solche barbarische Eroberungspolitik treiben wollte, würden alle übrigen Völker Europas zusammenstehen, fester und siegesicherer noch, als sie es gegen Napoleon I. gethan haben.

Es ist unmöglich, uns zurückzuwerfen um ein Jahrtausend, in die Zeiten Karolingischer Eroberungs- und Wirtschaftspolitik hinein. Unmöglich ist es aber auch bei dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem zu verharren, unter dem unser Volk von Jahr zu Jahr mehr verarmt. Es wird schließlich nichts anderes übrig bleiben, auch den Leuten nicht, die heute verrotzt nach neuen Zielen und neuen Wegen suchen, als die Wege zu betreten, die der Sozialismus gebahnt hat, die neuen Wege zu einem Gesellschaftszustande, der alle Ausbeutung beseitigt und allen Menschen die gleiche Entwicklungsmöglichkeit eröffnet.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 2. März. Aus dem Reichstage. Frühere böse Erfahrungen scheinen Anlaß gegeben zu haben, bei der Auswahl des neuen Kriegsministers neben den notwendigen militärischen Eigenschaften auch darauf zu achten, daß derselbe die Fähigkeit besitze, im Parlamente auch die Interessen seines Ressorts wahrzunehmen.

Seitdem die Sozialdemokraten sich erfreuen, sogar am 'Rückgrat des deutschen Reiches' ihre Kritik zu üben, genügt es nicht mehr, irgend einen 'Schweiger' an der Spitze des Kriegsministeriums zu haben, der Mann muß Rede und Antwort stehen können.

Zu dem jetzigen Kriegsminister ist zweifellos ein solcher Mann gefunden und außerdem verfügt derselbe auch sonst über Eigenschaften, die ihn als Vertreter im Parlamente geeignet machen.

Gelegenheit seine parlamentarische Gewandtheit zu zeigen, gab heute dem Minister unser Genosse Bebel, indem derselbe die bekannten Fälle Oppenheimer, Hertwig u. a. zur Sprache brachte. Unter der bekannten 'wiehernden' Heiterkeit der Reden suchte der Kriegsminister die Vorwürfe unseres Genossen abzuweisen, hatte dabei aber das Maß gequ coast, daß er in einem sehr wesentlichen Punkte falsch unterrichtet war. Nach der Darstellung des Herrn Kriegsministers sollte Dr. Oppenheimer bei seiner Vernehmung in Straßburg gelügnet haben, Beziehungen zu Bebel zu haben. Auf die Erklärung Bebel's aber, daß Oppenheimer das gar nicht gesagt haben kann, ergab sich aus der Verlesung des Vernehmungsprotokolls, daß Oppenheimer der Wahrheit

behagen davon abwendet. Politisch Lied, garstig Lied, heißt es bei ihm. Demgemäß hat er die Politik aus seinen Zirkeln verbannt, aus seinen Vereinen. Er will ihr weder auf der Bühne begegnen, noch im gesellschaftlichen Leben, und er liest von politischen Blättern nur die, die gesinnungslos seinen Interessen schmeicheln und weil er sie bezahlt, ihm feige die Wahrheit verhallen.

So ist er blind und will es bleiben, denn das Sehen thut weh. Wir Proletarier aber sind jeder Wehleidigkeit längst entwöhnt. Seit Jahren stehen wir in offenem Kampfe, wir haben uns täglich unserer Haut zu wehren und wir wehren uns! Und sobald wir dazu kommen, das staatliche Leben zu beeinflussen, dann werden wir es verjüngen und neu beleben. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Diese herrliche Dreieinigkeit, wir werden sie zur Wahrheit machen, denn Alles, was die Gesellschaft in Wirren und Widersprüche verwickelt und immerwährende Spaltungen erzeugt, all' die ungelösten Fragen der Konfession, der Rasse, der Nationalität, uns sollen sie nicht mehr trennen, für uns sind sie gelöst! Und siehe, schon drängt sich der Bourgeoisie eine neue Frage auf, kaum weniger brennend als alle übrigen: die Frauenfrage. Ihre Frauen sind unzufrieden und unglücklich. Die Bourgeoisie hat die Frau ökonomisch abhängig gemacht und zur Sklavin herabgedrückt, und diese wendet sich nun rebellierend gegen die Bedrücker. So ersticht ihr kein geringer Feind im eigenen Lager, während wir in den Frauen unserer Klasse die tapfersten Mitkämpferinnen gewonnen haben. Kräftig, willensstark und begeistert werden sie uns zur Seite stehen, sie werden uns nicht nur anfeuern, sie werden thätigen Antheil nehmen an der großen Mission, die die Geschichte der Arbeiterklasse überwiesen hat, an der Wiedergeburt der Gesellschaft!

Seine Augen hatten sich wieder erhoben und diesmal traf sein leuchtender Blick mit einem ebenso leuchtenden zusammen.

Feuilleton.

Nachdruck verboten. Alle Rechte vorbehalten.

Helene.

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Seine Haltung war ruhig, seine klare, wohlklingende Stimme beherrschte die Versammlung, ohne sich zum Pathos zu erheben.

'Genossen!' sagte er, 'wir haben die Stimmen des Volkes, der Erbitterung gehört, die die proletarischen Herzen durchwühlen und immer lauter in unseren Reihen erklingen, wahrlich, sie scheinen mir wohl berechtigt. Wir, die organisierten Arbeiter, schmachten heute als Rechtlose unter einem maßlosen Drucke.'

'Sozialistengesetz', erscholl es rundum.

'Es ist ein infames Gesetz, bestimmt uns zu vernichten, aber der Mann, welcher es über uns verhängt hat -'

'Bismarck!' erklang ein gellender Zwischenruf.

'Er wird seine absolutistischen Zwecke nicht erreichen - er wird es vielmehr sein, der die Proletarier zu immer engerem Zusammenschluß treibt, zu einer großen mächtigen Organisation. Und so wird die Erbitterung selbst, die er geschaffen, unser Bundesgenosse sein -'

'Bravo - Bravo!'

'So lange sie sich nicht zum Wahnsinn steigert ... Freunde, wir müssen klaren Sinnes bleiben, selbst mit dem glühendsten Haß in der Seele, denn, merkt es wohl, Genossen, in unserer Besonnenheit liegt unsere Kraft. Darum werden wir in diesem Kampfe uns nicht zu vereinzelt Ausbrüchen der Verzweiflung provozieren lassen.'

'Hört, hört! - Das ist Feigheit, Schwäche!' gellte es wieder dazwischen.

'Nein, und wir werden uns dazu auch nicht von Euch provozieren lassen -' rief Konrad lauter in den Saal - 'wir werden den Kampf konsequent um die Eroberung der politischen Macht führen!'

Die A se der Zustimmung waren anhaltender, aber auch der A berspruch lauter geworden. Konrad fuhr unbeirrt fort:

'Die Parlamente haben an Vertrauen eingebüßt, wir werden sie erst zu echten, wirklichen Volksvertretungen machen. Aber um politische Macht zu erlangen und zu behaupten, brauchen wir auch politische Bildung.'

'So ist's.' - 'Richtig.' - 'Wie sollen wir dazu gelangen?' - 'Uns fehlt die Zeit dazu,' tönte es ihm entgegen.

'Es ist wahr, wir können uns Wissen und Erkenntnis nur mühsam und mit tausend Opfern verschaffen, aber wir sehen ja, sie werden gebracht, diese Opfer. Lesen wir nicht alle unsere Blätter und Broschüren, auch wenn sie verboten sind?'

Applaus und Lachen im Saale.

'Und wir lesen auch die Blätter der Gegner und wenn auch unser Vereins- und Versammlungsrecht uns genommen ist, wo nur zwei der Genossen beisammen stehen, sprechen sie über Politik und suchen sich gegenseitig zu unterrichten.'

Unser Interesse für politische und ökonomische Entwicklung ist eben überaus wach und lebendig, es verdrängt jedes andere, denn wir fühlen, das geht uns an, von dieser Entwicklung haben wir alles zu erwarten. So wird durch die Verhältnisse, so wird durch unsere Klassenlage selbst uns der Geist geschärft und das Verständnis, und hierin sind wir den Bourgeois weit überlegen - heute schon. Der Bourgeois hat keine Freunde und kein Interesse an politischen Dingen. Ihm erscheinen die staatlichen und gesellschaftlichen Zustände so unklar und vermorren, so unwahr und ungesund, daß er sich mit Un-

gemäß nur Beziehungen zu den Straßburger Sozialdemokraten bestritten habe.

Es ist anzuerkennen, daß der Herr Minister seinen Vortrag durchaus loyal zugeht, aber für ein erstes Debit ist ein solches Versehen immerhin ein Malheur.

Somit brachten die Debatten nichts von besonderer Wichtigkeit. Man müßte denn die in Aussicht gestellte Einrichtung, daß die Schullehrer in Zukunft, statt 6 Wochen „gemeiner“ Soldat zu spielen, das Recht als Einjährig-Freiwillige eingestellt zu werden erhalten sollen, als etwas besonders Wichtiges ansehen. —

Bundesrat. In der am 1. d. Mts. unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats wurde eine Aenderung der in die Vorschriften, betreffend die Jugendversorgung der Militär-Anwärter, aufgenommenen Bedingungen für die Erlangung des Fortsetzungsbeschlusses beschlossen, und von dem Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamts für 1899 Kenntnis genommen. Die Vorlagen, betreffend die zollfreie Abfassung von Stahlrohren und rohen unpolirten Röhren aus Kupfer bei der Verwendung zum Schiffbau, und betreffend die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für 1899/91 wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dem Ausschussantrag zu dem Entwurf von Vorschriften über die Streckung der Versicherungspflicht nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz auf Hausgewerbetreibende der Textilindustrie wurde die Zustimmung erteilt, ebenso dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aenderung des Gesetzes über den Unterfütterungswohnort und die Aenderung des Straf-Gesetzbuchs in der vom Reichstag beschlossenen Fassung. Die Resolution des Reichstags, betreffend die Ausdehnung des Gesetzes über den Unterfütterungswohnort auf Elbschiff-Lotbringen, wurde dem Reichskanzler überwiesen. Endlich wurde über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt. —

Zur Währungsangelegenheit. In die Kommission behufs Erörterung von Maßregeln zur Hebung und Befestigung des Silberwertes ist an Stelle des ausgeschiedenen Grafen v. Mirbach Herr Otto Wälfing zu M. Glöckner als Mitglied berufen worden. —

Von den Reichstagen der konservativen Partei suchte Herr von Hammerstein heute das Stöcker'sche „Volk“ zu schütteln. Er war so emphatisch, daß wir nicht anders annehmen können, als das „Volk“ müsse sich den Herren Konservativen vom Schlag Hammerstein sehr uneben gemacht haben. Es ist „kein konservatives Organ“ — sagt Herr von Hammerstein. Ja, was in aller Welt ist denn „konservativ“? Der „Bund der Landwirthe“ liegt vielen Konservativen schon sehr schwer im Magen. Und wir sind überzeugt, Herr von Hammerstein (und das Häußlein um ihn) wird gelegentlich noch manchen Mann und manches Blatt abzuschütteln haben, bis nur noch ein „entlaubter Stamm“ übrig ist — und schließlich ein entwurzelter. —

Der Unfug des Adressensturms für das gegenwärtige Postregiment dauert fort. Wann werden die Herren Stephan und Fischer diesem Unfug ein Ende machen, der doch nur für sie kompromittierend ist, da alle Welt sie für ihn verantwortlich macht? Wie oft sollen wir Herrn Dr. Stephan noch das überaus Unpassende dieses Vorgehens seiner Untergebenen vor Augen halten?

Zum bayerischen Kultusetat hielt der Genosse Bollmar in der bayerischen Kammer der Abgeordneten eine längere Rede, aus der wir einige Stellen hier wiedergeben:

... Aus diesem Mißstande, daß die Kirche und Staat nicht zu trennen wissen, erklären sich auch die Angriffe, welche gegen die Kirche aus Arbeiterkreisen erhoben werden, weil die Politik und Religion nicht zu unterscheiden wissen. Wenn man Handlungen begeht und eine Stellung einnimmt, welche im Arbeitervolke den Eindruck machen muß, daß die Kirche sich zu bereiten Helfern der politischen und ökonomischen Nachhader macht, dann darf man sich darüber nicht wundern. Da erlaube ich mir, Sie an das Wort eines der Ihrigen zu erinnern, an den großen Götter, der sagte: Die Prälaten, die den starren Glauben geschmeißelt haben und die Lehre dem Volke zum

Ring durch die Nase, dem Vornehmen zum süßen Joch und zur leichten Bürde.“ Man wird dann begreifen, daß auch die Angriffe, wenn schon die Angriffe die Begriffe nicht zu trennen vermögen, nicht lange zuweilen, sondern daß sie sich einfach in ihrem Jorne gegen die Kirche als Gesamtheit wenden. Daraus erklären sich auch die Äußerungen einzelner Sozialdemokraten, mit denen man im Lande haufen geht. Allerdings ohne Erfolg. Ich sage, daß es eine Unwahrscheinlichkeit ist, wenn behauptet wird, daß die Religionsfeindschaft und die Religionsverfolgung ein Grundlag der Sozialdemokratie sind. Ganz die gleichen Vorwürfe wurden früher gegen Liberale, Freimaurer u. dergl. erhoben. Sie können, wenn es Ihnen sonst beliebt und Sie die Macht dazu haben, ganz ruhig den Darwinismus von Staatswegen verbieten, die Naturwissenschaften in den Gisklasten sperren und jeden Universitätsprofessor auf das apostolische Glaubensbekenntnis verpflichten. Kann würde ich es mit Dr. Hahinger halten und die alten Kirchenväter hernehmen, die uns genügendes Material liefern. Sie dürfen jedoch nicht glauben, daß wir gegen die Wissenschaft und ihre Lehren gleichgültig seien oder gar auf dem Standpunkt des Herrn Dr. Löber stehen, der sagte, daß die ganze sogenannte moderne Bildung gegen die Katechismusbildung so viel werth sei, wie ein Schwefelbällchen gegen einen stolzen Hochwaldstamm. Auf dem Standpunkt stehen wir freilich nicht.

Ich fasse mich also kurz dahin zusammen: Nach meiner Auffassung wird von der Trennung sowohl Staat wie Kirche gewinnen. Nach dieser Trennung wird die Kirche noch viel mehr ihren inneren Werth offenbaren können. Wir wollen die Kirche nicht verfolgen, sondern wir wollen gerade das, was sie vollkommen autonom macht, sie von der Bevormundung des Staates lösen und ihr das Recht übergeben, ihre Angelegenheiten nach ihren eigenen Gesichtspunkten zu entscheiden. Wir stehen der Kirche gegenüber auf neutralen Standpunkte und gestehen uns nicht einmal das Recht zu, auf ihre Angelegenheiten, auch soweit sie finanzieller Natur sind, irgend welchen Einfluß auszuüben. Wir wollen, daß die Kirchenangelegenheiten aus dem Kulturbudget überhaupt entfernt werden, die Kirche soll sich von ihren Gläubigern die Unterhaltung holen, die sie braucht. Damit soll freilich nicht gesagt sein, daß wir da, wo besondere Mißstände aufstauen, wo es sich um schlechte Behandlung Untergebener handelt, nicht eingreifen.“

Eine patriotische Narrenfahrt. Eine Anzahl deutsch-amerikanischer Militärvereine haben irgend einem deutschen Militärverein einen feierlichen Besuch in die Heimath zum Sedanstag angekündigt.

Wir hätten gedacht, in Amerika hätten die Deutschen etwas Besseres lernen können. Aber freilich wir kennen ja das alte Lied:

Es zog ein Gänlein wohl über den Rhein,
Und kam als ganze Gans wieder heim.
Statt „über den Rhein“ kann man auch sagen: „über das Meer.“ —

Der antifikollektivistische Bauerschädel fängt in Frankreich ebenso gut an zu verjagen, wie in Deutschland. Die mag dieser Schädel sein; die Junker haben ja Jahrhunderte lang so viel auf ihm herumgehämmert, daß dies sehr begrifflich ist; aber so dick ist er doch nicht, daß er die Erkenntnis wuchtiger Thatsachen nicht durchläßt. Und kann es eine wuchtigere Thatsache geben, als die, daß der Kapitalist, sei es in Gestalt eines Hypothekengläubigers oder des kapitalistischen Konkurrenten, den Bauer zu Grunde richtet? In Deutschland bekundete sich die Erkenntnis in dem Ruf: Nieder mit dem Juden (Hypothekengläubiger) und Junker (kapitalistischen Konkurrenten). In der Ruf auch nicht ganz korrekt, inwiefern die Hypothekengläubiger der Bauern nur zum kleinsten Teil Juden sind, so zeigt er doch, daß die Bauern auf der richtigen Fährte sind. Und das gleiche gilt von den französischen Bauern. Die künstlich genährte Angst vor den Sozialisten, den „Partageurs“ (Theilern) ist ihnen geschwunden — sie sind dahinter gekommen, daß die „Partageurs“ ganz wo anders zu finden sind. Ueberall auf dem Land sagt der Sozialismus Wurzel. Zum Beispiel in der Bretagne, wo der Bauerschädel bisher am antifikollektivistischen war, und Jahrhunderte lang bereit, sich für Gott, König und Vaterland an der Wand einzufügen — Siehe Vandoerriege! — haben sich, was schon früher erwähnt ward, sozialistische

Syndikate (Gewerkschaften) der kleinen Weinbauer gebildet, die, so gut es geht, gegen die Uebergriffe der Großweingärtler und der Großweinhändler Front machen. Diese Syndikate haben jetzt an die Kammer eine Petition gerichtet, in der sie ihre Bebrängnis durch den Kapitalismus darlegen und Schutz fordern. Diese Petition, die den Agrariern und Panamisten natürlich sehr fatal ist, wird von unseren Genossen verfolgt werden und zu lebhaften Debatten Anlaß geben. . . .

Bei dieser Gelegenheit sei nachträglich bemerkt, daß der Jaurès'sche Vorschlag auf Verstaatlichung des Getreidehandels nicht, wie das in verschiedenen Zeitungen heißt, ein persönlicher Antrag des Genossen Jaurès war, sondern ein Antrag der Fraktion, und daß er vollständig dem Programm des Marceller Kongresses vom Jahre 1892 entspricht. —

Das Maifest der Arbeit. Von verschiedenen Seiten und aus verschiedenen Ländern kommt die Nachricht, daß die Arbeiterorganisationen schon die Vorbereitungen für die würdige Feier des 1. Mai beginnen. Namentlich in Frankreich legen die Genossen einen großen Eifer an den Tag. In der „Petite République“ vom heutigen Tag fordert Allemane für morgen Abend zu einer allgemeinen Konferenz der Pariser Parteilgruppen und Arbeiterorganisationen zur Besprechung der zu treffenden Maßregeln an. —

Zu den jüngsten anarchistischen Attentaten wird uns aus Paris unten 26. Februar geschrieben: Je weniger in dem Wahnsinn der „Propaganda der That“, die selbst in den Hoteln niedrigen Ranges, den sogenannten Hotels garnis, wo nur Proletarier verkehren, Bomben legen Methode ist, desto methodischer suchen ihn die verschiedenen Parteien der herrschenden Klasse für ihre Zwecke auszunutzen. Die kirchlichen Parteien, gleichgültig, ob sie sich nun zur Republik bekennen oder nicht, verlangen die „Rückkehr zu Gott“, was in ihrem Munde so viel heißt, als den Pfaffen in die Schule und die Klosterfrauen in die Spitäler; die royalistischen Parteien wünschen die Rückkehr zur Monarchie, die wie die „Gazette de France“ erklärt, allein den Anarchismus besiegen und den Sozialismus austrotten kann“, während die Vollblutparteien der Bourgeoisie, die sich um Herrn Perier von Luzin gruppieren, wie man den gegenwärtigen Ministerpräsidenten wegen seiner Beziehungen zur reichsten französischen Grundbesitzerklasse nennt, ganz einfach verlangen, daß man die Sozialisten zu Haaren treibe. In der That sind ihnen auch die Anarchisten weniger gefährlich, als die Sozialisten, was vielleicht auch erklärt, warum die Polizei, die bei allen ihren so zahlreichen Hausdurchsuchungen noch keine einzige Bombe gefunden hat, täglich so viele andere findet. Ein sozialistischer Wahltag macht ihnen auch mehr Angst, als eine Bombenexplosion, da diese schließlich das Leben einzelner Stützen des herrschenden Systems bedroht, jeder sozialistische Wahltag aber das System selbst. Nun sollte die Bourgeoisie, wenn sie schon so thöricht ist zu glauben, die aus den herrschenden Produktionsverhältnissen erwachsende Bewegung durch Prestige und sonst dergleichen bannen zu können, wenigstens so viel Scham besitzen, die von ihr großgepöppelten „Propaganda der That“ — siehe Andrieux, „Souvenirs d'un Préfet de Police“ — nicht den Sozialisten aufzuballen, die nichts Unsinzigeres kennen, als durch Beseitigung einzelner Individuen Verhältnisse umgestalten zu wollen, deren Geschöpfe sie sind. Wie oft und in welcher Form immer die Sozialisten dies aber erklären mögen, es wird von den Herrschenden und deren Dienern, weil es ihnen eben durchaus nicht in den Kram paßt, ganz einfach ignoriert, oder was noch schlimmer, in sophistischer Weise verdröhrt, wie dies der ministerielle „Temps“ eben mit einem diebstahligen Jaurès'schen Artikel gethan, der in der „Loulouise“, „Dépêche“ erschienen. In diesem gegen die Anarchisten gerichteten Artikel sagt Jaurès nämlich:

„Was schlecht ist, das ist die gegenwärtige soziale Organisation und nicht diejenigen, denen diese Organisation zu gute kommt. Wenn ein Arbeiter Kapitalist würde, wäre er bei Gelegenheit ebenso hart, wie es nur der strengste Kapitalist sein kann. In jedem Falle würde er ganz gelassen die Dividenden sammeln. Man darf daher nicht den und den hoffen oder bedrohen: Das ist ungerecht und auch nutzlos; denn sobald der eine verschwunden ist, nimmt ein anderer seinen Platz in derselben Reihe, in demselben sozialen Privilegium. Nein, was nötig ist, daß alle Verdröhnten, alle Unterdrückten der gegenwärtigen Gesellschaft in gemeinsamer und beharrlicher Thätigkeit an dem Umbau einer neuen Gesellschaft arbeiten.“

Man kann doch wohl nicht deutlicher sagen, daß die Sozialisten

Helene beugte sich ihm entgegen, ihre Augen, ihre Hände, ihre Lippen winkten ihm zu, brachten ihm gleich einer Huldigung ihr Entzücken dar.

Seine Brust hob sich höher und er nickte ihr leise zu mit einem seltsamen Lächeln.

Anhaltender und stürmischer Beifall umbrauschte ihn und als er jetzt geendet hatte, drängten sich die Genossen an ihn heran, um ihm die Hände zu schütteln.

Helene blieb unbeweglich auf ihrem Sitz, in sich versunken und wie betäubt, bis die Hand ihrer Nachbarin sie berührte.

„Wir gehen, Adieu, es ist aus; aber Sie warten wohl noch auf Einen?“ sagte sie schelmisch hinzu.

Auch die übrigen Mädchen blinzelten zu ihr herüber und lächelten, während sie sich zum Fortgehen rüsteten, Helene hatte sich rasch erhoben.

„Ich gehe auch,“ sagte sie.

Und nun polterten Alle, eine hinter der anderen, die Treppe herunter.

Sie kamen in ein dichtes Gedränge, das sie sofort auseinander riß.

Wogengleich wälzte sich dieser Menschenstrom durch die enge Passage des Café Ressler und gelangte durch die offenstehende Thür auf die Straße.

Helene athmete auf, als sie im Freien war; die frische Luft that ihr wohl.

Der Mond war heraufgestiegen, aber er erreichte nur die Dächer des schmalen Kruggäßchens.

Auf dem gegenüberliegenden Trottoir machte Helene Halt, um Hut und Umhang, die sich im Gedränge verschoben hatten, wieder in Ordnung zu bringen.

Sie mußte nach dem kleinen, dunklen Siebelschilde hinüber blicken, und nach den erleuchteten Fenstern des Café Ressler, die gleich der Thür weit offen standen.

Die Menge hatte sich verlaufen, spärlich, in Absätzen kamen die Nachzügler; aber so oft die Thür nach dem Saal sich aufthat, drangen im brausenden Schwall die gewaltigen Töne der Marcellaise an ihr Ohr, von hundert Kehlen gesungen.

Und wieder ging die Thür — eine schlanke Mannesgestalt trat heraus — es war Konrad.

Er blickte spähend die Straße hinaus und eilte dann in derselben Richtung vorwärts.

Suchte er sie? Dachte er sie noch zu erreichen?

Ein Gefühl hoher Freude überkam sie und überwand die Schen, die sie thöricht nannte.

Sie fühlte sich ihm in so Großem verbunden und wollte es ihm sagen. Sie ging ihm nach.

Als sie nach dem Plage hinaus trat, sah sie Konrad mit einem Fremden in lebhaftem Gespräch.

An der Ecke des Platzes blieb er stehen und blickte aufwärts — er überlegte einen Augenblick, dann nahm er den Arm des Mannes und Beide wendeten sich nach rechts.

Sie sah ihnen einen Augenblick nach, dann ging sie durch die breite, mondenleuchtete Straße aufwärts.

Einsam war ihr Weg, die Gegend ringsum wie ausgeflogen. Sie kam an dem Turnplatz vorbei und weiterhin an den großen öffentlichen Gebäuden der Universität. Kein Licht, kein Laut drang heraus, sie waren zu dieser Stunde von Menschen verlassen, aber auf den mächtigen Quadern und vorspringenden Risaliten lag das Mondlicht klar und weiß, wie festgenagelt.

Und an den prägnanten Gärten schritt sie vorüber, wo hinter dichten Baumgruppen die Willen der reichen Besitzer versteckt lagen.

Die Zweige, von den sanften Strahlen durchflimmert, neigten sich ihr entgegen und mit Wärme nahm sie den süßen Duft in sich auf, den diese milde durchleuchtete Sommernacht über sie ausströmte. Sie ging immer aufwärts, den Kopf etwas gesenkt, Gedanken hingegeben, die ein Lächeln auf ihre Lippen zauberten. Ihr war, als sei sie lange, lange nicht so glücklich gewesen. So bewußt glücklich, so innerlich ruhig und befriedigt vielleicht niemals.

Und immer heller wurde es in ihr und in ihrer Seele sang sie die Worte des herrlichen Liedes nach, dessen begeisteter Klang ihr noch in den Ohren brauste: „les jours de gloire sont arrivés!“

Sie hatte den Palmhof erreicht, ging leise die Treppe aufwärts und gelangte in ihre Stube.

Ohne Licht zu machen, begann sie sich zu entkleiden, als ein leises Wimmern ihr Ohr traf.

Sie trat an das Bett ihrer Freundin und bemerkte, daß sie sich angekleidet darüber geworfen hatte. „Sonja!“ rief sie bestürzt, „was ist's, sprich, sprich doch!“

Aber diese vermochte nicht zu sprechen, sie weinte bitterlich, fassunglos, unaussprechlich. Als hätte ihr den Tod Nataliens mitgetheilt.

Lazar trieb sich indeß auf den Höhen des Jürichberges ruhe- und rastlos umher.

Ohne Weg und Plan irrte er durch das junge Gehölz, das mit breiten Dichtungen wechselte, immer weiter trieb es ihn, als könne er sich und seinem Schmerz entziehen.

Er hatte den Hut fortgeworfen, das Hemd ausgeziffen und meinte doch in dieser bleischweren Atmosphäre, die ihn umgab, zu ersticken. Er verlangte nach Luft. Dort oben mußte sie kräftiger wehen.

Er hastete aufwärts mit ungleichen Schritten. Endlich erhob sich der Wind, aber er brachte ihm keine Erquickung, er war heiß wie der Samum, unter dem alles Leben verdorrt.

Jetzt warf er sich der Länge nach in das Gras und war so matt, daß er liegen blieb.

Aber wenn auch seine Glieder den Dienst versagten, sein Gehirn arbeitete fieberhaft weiter.

Er sah Natalie vor sich in dem weißen, lang herabwallenden Kleide, wie er sie zum letzten Male gesehen hatte, eine Gefangene in ihrem eigenen Hause. . . . Er glaubte den Blick dieser stillen großen, melancholischen Augen noch zu fühlen und den Vorwurf, den sie enthielten, tiefer als damals, wo er zornend vor ihr stand. . . . Im Jorne war er von ihr gegangen und war nicht wieder gekommen. . . . Er hat sie nicht mehr gesehen. . . . Jetzt ist sie todt. . . . begraben! . . . Nicht er hatte an ihrem Bett gestanden, . . . nicht er hat ihren letzten Seufzer gehört! . . . Sie hatte auch nicht nach ihm verlangt. Sie hatte nicht ihn gerufen, als sie sich sterbend fühlte! . . . Er stößt mit dem Kopf gegen den Boden; er ruft ihren Namen, schmerzhaft und verzweifelt, und klagt sich selbst an, von Neue geloltert.

Aber dann erhebt sich doch wieder die Stimme der Selbstverteidigung.

Was hätte er anderes thun können, als er gethan? Und wenn sie nicht mit ihm ging, war es seine Schuld? Wahrscheinlich nein, er konnte sich freisprechen.

Er liegt eine Weile ganz still, ohne Bewegung. Erinnerungen tauchen auf — längstvergessenes.

(Fortsetzung folgt.)

listen keinen individuellen, sondern einen Klassenkampf führen und nicht mit den Anarchisten gemeinsam haben. Der „Temp“ indes, der obige Stelle zitiert, behauptet: „Ein reiner Anarchist würde sich nicht anders ausdrücken, und die von der Seite inspirierten Verbredchen haben genau den von Herrn Jaurès definierten Charakter; sie richten sich nicht gegen den und den im besonderen“, kurz, daß die Anarchisten gerade so denken wie die Sozialisten, daß die Attentate in den Augen ihrer Urheber ebenfalls „ein gemeinsames Bemühen aller Beraubten, aller Unterdrückten der gegenwärtigen Gesellschaft, an dem Anbruch einer neuen Gesellschaft zu arbeiten, konstituieren“.

Daß Jaurès im weiteren Verlaufe seines Artikels von der Organisation der Arbeiterklasse behufs der allgemeinen Emanzipation der Arbeiter spricht, das genügt den „Temp“ nicht; er nimmt ganz einfach keine Notiz davon, ebenso wenig, wie er davon Notiz nimmt, daß Jaurès von der Organisation des arbeitenden Volkes behufs Erreichung der politischen Macht spricht, was bekanntlich den Anarchisten ein besonderer Dorn im Auge ist. All dies beweist aber nur, daß der „Temp“ bemüht gefälligst und gelogen hat. Ohne Fälschungen, Lügen und Verdrehungen kann die Bourgeoisie dem Sozialismus und dessen Vertretern eben nicht an den Leib rücken. Daß ihr dies aber alles nichts nützen wird, das zeigt die steigende sozialistische Fluth und bald kommt der Moment, wo sie rufen wird: Rette, wer sich retten kann!

Die Session ist geschlossen, die Session fängt an heißt es für das englische Parlament, das in dem Parlamentarismus existiert. Gestern war das Unterhaus zum letzten Mal in der dreizehn Monate langen Tagung 1893/94 versammelt, und wie gar anders war die Stimmung als an dem ersten Tag. Gladstone, der damals so lähn und hoffnungsvoll mit seiner Homerule-Bill in die See stach, mußte gestern wehmüthig erklären, daß man die Kirchspiel-Bill, zerstückt wie sie vom Oberhause sei, doch annehmen möge, damit nur aus der Session überhaupt etwas herauskomme. Alles andere ist den Wogen zum Opfer gefallen. Er deutete dunkel auf die Nothwendigkeit einer Auflösung hin, was die kampflustige Opposition zu dem Ruf: Sofort! veranlaßte — ein Ruf, den die Liberalen gesenkten Hauptes anhörten. Dann erfolgte der formelle Schluß der Session, der freilich nur eine Formsache ist, denn schon am 12. d. M. — also nach 11 tägigen Ferien — wird das Unterhaus wieder zusammentreten. Schmerzlich mit demselben Premierminister. So hartnäckig die Gladstone'schen Blätter auch noch das Bewerthen des Ministerwechsels leugnen, so wird dieser doch unzweifelhaft in nächster Zeit erfolgen. Wahrscheinlich wird Gladstone's Posten von dem jetzigen Sekretär des Neuhern Lord Rosebery eingenommen werden, einer fleißigen und tüchtigen Mittelmäßigkeit, die außerdem noch die Eigenschaft hat, Rothschild zum Schwiegervater zu haben. Der Schwiegersohn Rothschild's Ministerpräsident von Großbritannien — das giebt etwas für die antisemitischen Staatsmänner und Weltweisen! —

Verschiedene Praxis. Bei der Leichenfeier über den bei London umgekommenen Anarchisten Bourdin erklärte der gerichtliche Chemiker auf die Frage nach der Zusammensetzung des Sprengstoffes, der den Tod verursacht: es sei nicht gut, solche Rezepte zu veröffentlichen, da sie mißbraucht werden könnten. In Paris war die Praxis eine andere. Dort ließ der oberste Polizeibeamte Morel für 2 Wochen, Monate und Jahre lang nicht bloß Sprengstoff-Rezepte, sondern auch Anweisungen zur Herstellung von Sprengmaschinen veröffentlichen. Und die französische Polizeipraxis, regelmäßigen Attentats-Unterricht zu erteilen, hat sich, wie man sieht, vortrefflich bewährt. —

Anti-anarchistische Demonstration beim Begräbniß Bourdin's. Aus London wird uns geschrieben: Die Vererdigung des verunglückten Anarchisten Bourdin gab letzten Freitag Anlaß zu einer Demonstration seitens des Publikums, wie sie sich die Theoretiker der Propaganda der That schwerlich hätten träumen lassen. Wiederholt mußte die Polizei die den Todten zur letzten Ruhestätte geleitenden Anarchisten vor Mißhandlungen seitens der zischen und feindselige Masse ausstoßenden Menge schützen, und ohne die Intervention der Polizei hätte die letztere nicht einmal vor der Leiche Bourdin's Halt gemacht. Es wurde in einem Moment ein energischer Versuch gemacht, sich des Sarges zu bemächtigen, augenscheinlich um ihn womöglich zu zerstören und die Leiche auf irgend einen Schindanger oder dergleichen zu werfen. Eine rothe Fahne, die der Menge in die Hände fiel, wurde zerrissen und mit Füßen getreten, und als auf dem Kirchhofe ein Anarchist Miene machte, am Grabe des verstorbenen Genossen eine Ansprache zu halten, wurde er, noch ehe die Polizei ihn unterbrechen, von der Menge mit Rufen wie „Keine Reden!“, „hängt ihn“, „hängt ihn“, niedergeschrien, und wie der Zug zum Kirchhof nahm auch die Rückfahrt für die Leidtragenden zeitweise die Form einer Flucht an.

Es liegt mir fern, die Bedeutung dieser Manifestation zu übertreiben. Die Masse der Manifestirenden bestand nicht aus den besten Elementen, weder des Bürgerthums, noch der Arbeiterklasse. Gerade die Nichtbestehenden dürften vielmehr vorwiegend durch Mitglieder derjenigen Schicht vertreten gewesen sein, die uns die Anarchisten verbieten, „Lumpenproletariat“ zu nennen — durch Straßenlangerer, die die Instinkte des Proletariats verloren haben, wenn sie sie je besaßen, und die unmittelbar von der Bourgeoisie leben. Der Trost, den die konservative „Wall Mall Gazette“ darin erblickt, daß selbst der Abhub von Eison-Grove keine Spur von Sympathie mit den „Genossen“ der Autonomie gezeigt hat, ist seiner Ansicht nach deshalb auch vom Bourgeoisstandpunkt aus recht wenig werth. Dieser „Abhub“ ist unter normalen Verhältnissen der Bourgeoisie überhaupt nicht gefährlich. Er ist bei ihren öffentlichen Vergnügungen, bei Jagden, Pferderennen u. d. ihr eifriger Mitläufer, warum sollte er für Leute Sympathien an den Tag legen, die, wenn auch in verkehrter Weise, die Bourgeoisie auszurotten suchen? Die Schwärmerei der Anarchisten für diese Gesellschaftsklasse ist durchaus einseitig. Most und andere haben das wiederholt im Gefängniß erfahren, und am Freitag hat es sich von Neuem gezeigt.

Wichtiger ist, daß das mehr zuschauende Publikum diese Elemente gewähren ließ, daß selbst kein Arbeiter die Stimme gegen die Insultirung des Leichenzuges erhob. Wer nicht feindselig demonstrirte, that auch nichts, die Feindseligkeiten zu hindern. Der „Abhub“ interpretirte nur in seiner Art die Empfindungen der Masse der Bevölkerung. Wie diese denkt, kann man leicht erfahren, wenn man sich vor den Thoren der Zeitungsvendelstände, wo Zeitungen mit Illustrationen der verurtheilten glücklichen Art der Bourdin'schen Verunglückung ausbängen. „Servus him right“ (geschieht ihm recht) ist das fast einstimmige Urtheil, das man zu hören bekommt. So wenig ist diese anarchische Bombentaktik geeignet, selbst in einer Zeit allgemeiner Gährung „Propaganda“ zu machen.

Agitation für ein Gesetz gegen politische Flüchtlinge in England. Unser Londoner Korrespondent schreibt: Die anarchische Bombentaktik giebt den Reaktionen aller Art unerwünschten Stoff zu Dejectionen gegen politische Flüchtlinge. Die „Saturday Review“, die zwar lange nicht mehr die Bedeutung, die sie früher einmal gehabt, die aber immer noch als das Orakel einflussreicher konservativer Kreise gilt, verlangt in ihrer neuesten Nummer ein schärferes Gesetz gegen Ausländer,

und der Herzog von Devonshire meinte, gestern in einer Ansprache an die Freiwilligen der Grafschaft Sussex, die heutige Situation gleiche der vor 25 Jahren, wo in Frankreich eine „nicht unnatürliche“ Erregung darüber geübertrieben habe, daß England Leuten Asylrecht gewähre, die auf seinem Boden Attentate gegen hervorragende Persönlichkeiten des Auslandes vorbereiteten, und solche Erregung könne sich auch leicht jetzt wieder einstellen.

Die Anspielung bezog sich auf die Agitation gegen das englische Asylrecht, die dem Attentat Orsini's folgte, und wenn man bedenkt, daß dieses nur im offiziellen Frankreich, bei der Dezemberrevolte Bonaparte's, Entwürfungsansprüche zur Folge hatte, die Attentate der Henry, Navachol u. d. aber fast ganz Frankreich gegen sich haben, so möchte die Situation heute noch bedenklicher erscheinen. Trotzdem stimmt der Vergleich nicht, denn Orsini fand bis in sehr bürgerlich-honorable Kreise hinein Beifall in England, mit den jetzigen Bombenwerfern sympathisiren aber, von einer kleinen Anzahl Anarchisten abgesehen, nicht einmal die revolutionären Arbeiter Englands. Aber in einer anderen Hinsicht ist die Reminiscenz recht zutreffend. Sie mag Herrn Aequith eine Warnung vor dem Streikengange der Tornblätter sein. Jetzt versprechen ihm dieselben alle mögliche Unterstützung, wenn er nur sich entschliesse, Gesetzes-Verschärfungen zu verlangen. „Es ist nicht überflüssig, zu sagen“, schreibt die „Saturday Review“, „daß wenn das Gesetz nicht davor schützt, diese Unholde aufgefahrt zu bekommen, es erweitert werden kann.“ Und das konservative Blatt fordert Herrn Aequith auf, sich darüber zu erklären. In gleicher Weise verlangte 1888 Disraeli von dem damaligen Whigministerium laut ein Ausnahmegesetz gegen Attentatsverbrecher, als aber Palmerston daraufhin ein solches einbrachte und ein Theil der Liberalen und Radikalen, darunter auch Gladstone, ihm die Heeresfolge versagten, benutzte der „politische Harlequin Coningsby“, wie der Chartistenführer Jones Disraeli damals titulierte, die günstige Gelegenheit und erklärte, er habe allerdings ein Attentatsgesetz verlangt, aber nicht dieses, stimmte mit seiner ganzen Partei dagegen, und das Ministerium Palmerston — woran freilich kein Schade war — war gewesen. Mittlerweile hatte sich der „Sturm“ gelegt und so hielt das Ministerium Derby-Disraeli es für klüger, die Sache beim Alten zu lassen.

Wie jetzt hat sich Herr Aequith im ganzen fest gezeigt; das heißt, er hat, wozu er als Polizeiminister ja verpflichtet war, sich nicht geschert, allerhand Sicherheitsmaßregeln gegen Bombenfabrikanten zu ergreifen, aber er hat nach Möglichkeit das Asylrecht zu schützen gesucht. Das erkennt auch Freund Cunningham Graham, sonst der Rechte, der den Liberalen Artigkeiten zu sagen liebt, in einer Zuschrift an das „Daily Chronicle“ erwidert an. Er beschwört Aequith, fest zu bleiben. „Lasse man die fremden Anarchisten“, schreibt er u. a., „wie bisher, so auch ferner nach England kommen. Mit allen seinen Fehlern ist England noch der beste Ort, Gewalt-Anarchisten zu kuriren. In England können sie wenigstens unter Herrn Aequith den Mund aufreißen, und das Mundaufreißen ist das beste Sicherheitsventil, selbst bei Anarchisten.“ Man könnte daraus erwidern, daß ja in Frankreich die Anarchisten auch sehr weitgehende Redefreiheit und Pressefreiheit genossen hätten, ohne sich damit zu begnügen, aber es sind nicht nur einzelne Gesetze, es ist das ganze politische System, das in Frage kommt, und dieses ist in Frankreich der Züchtung von Attentatären günstiger als das englische.

Indes, unbedingte Sicherheit bietet auch der feste Entschluß eines liberalen Ministers nicht. Die von dem „Vorwärts“ bereits gebrachte Antwort des Herrn Aequith auf die Angriffe des Schutzjägers und Fremdenhassers Vincent zeigt, daß jedenfalls schon die Kooperation der hiesigen mit den kontinentalen Polizeibehörden auf die Ueberwachung politischer Flüchtlinge ausgedehnt ist, und damit ist die schiefe Ebene wenigstens mit einem Fuß bereits beschriftet.

50 Millionen Lire (40 Millionen Mark) sollen in Italien für neue Gewehre ausgegeben werden. Italien schwimmt wohl in Gold, hat ficherlich keine Schulden und das Volk lebt ohne Zweifel ohne Sorgen, so muß ein Unlückiger denken, der diese Nachricht liest. Leider ist das Gegentheil wahr: das Volk hungert, das Land steht vor dem Bankrott, Crispi ist aber groß, ihm jubelt die bürgerliche Presse zu! —

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigt sich seit zwei Tagen mit dem Marineetat. Auf Antrag des Referenten Abg. Dr. Eber beschränkte sich die Kommission zunächst mit der Beratung des Indienststellungsplanes der Flotte. In dem Etat verlangt die Regierung für diesen Zweck folgende Bewilligungen:

1. Für den auswärtigen Dienst: 15 Schiffe mit einem Geldaufwand von 8 058 070 M.
2. Für Schul- und Übungszwecke 10 618 990 „
3. Zu anderen Zwecken u. A. 1 Nacht zur Verfügung des Kaisers mit 577 290 M. 709 010 „
4. Zu Probefahrten 961 490 „

Zusammen 14 742 540 M.

Nach langen Erörterungen des Referenten, des Staatssekretärs der Marine sowie einiger Kommissionsmitglieder, namentlich des Abg. Richter, beschloß die Kommission die Absetzung einer Pauschallsumme von 500 000 M., deren Vertheilung auf die einzelnen Titel der Marineverwaltung überlassen wird. Abg. Richter hatte die Absetzung von 1 1/2 Millionen Mark beantragt, was jedoch gegen die freisinnigen und sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt wurde.

Zu den Ausgaben des ordentlichen Etats übergehend, beantragte der Referent die Ablehnung der für das Marine-Oberkommando verlangten Stellenvermehrung. Die Marineverwaltung fordert für diesen Zweck drei See-Offiziersstellen, sowie eine Anzahl Bureaubeamten, Kaudienener und endlich die Beschaffung von Bureauäumen. Der Referent beantragt die Ablehnung aller aus dieser Anforderung resultirenden Etatposten. Der Chef der Marineverwaltung, Admiral Hollmann, erläuterte in eingehendem Vortrag die Nothwendigkeit der Mehrforderung, welche jedoch einstimmig abgelehnt wird.

Bei der nächsten Etatsposition (Gehalt des Staatssekretärs) bringt der Abg. Müller (Sagan) die Unglücksfälle zur Sprache, welche auf „Boden“ und „Brandenburg“ passirt sind. Bezüglich des Unglücksfalles auf der „Baden“ bemängelt der Redner, daß die Hinterbliebenen (Witwe und drei Kinder) des verunglückten Lieutenants zur See nicht genügend unterstützt werden.

Nach den Mittheilungen, welche der Abg. Müller hat, soll die Unterstützung pro Jahr 870 M. betragen.

Bezüglich der „Brandenburg“ wünscht der Redner über die Ursache des Unglücks und den augenblicklichen Stand der Untersuchung Aufklärung, indem er zugleich den über den Unfall im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichten Artikel, der statt aufzuklären und zu beruhigen, verwirrend und bedrückend gewirkt habe, einer Kritik unterzieht.

Der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts verweist rückfichtlich des auf der „Baden“ ums Leben gekommenen Lieutenants auf die zahlenmäßige Darlegung, die von einem seiner Kommissare gegeben werden wird, und äußert sich über das Unglück der „Brandenburg“ in längeren Auseinandersetzungen etwa folgendermaßen:

Der vom Abg. Müller bemängelte Artikel im „Reichs-Anzeiger“ habe zur Beruhigung des Publikums dienen sollen. Es sei irrig, wenn aus dem Artikel gefolgert werde, die Marineverwaltung bemühe die Probefahrten der Schiffe, um die Güte

des Materials oder die Richtigkeit der Konstruktion zu erproben. Diese Forderungen werden unter strengster Einhaltung der gegebenen Vorschriften vor der Probefahrt erfüllt und sämtliche Maschinenteile auf ihre Haltbarkeit in einer weit über ihre eigentliche Aufgabe hinausgehenden Dampfspannung geprüft.

Sofort nach Bekanntwerden des Unglücks auf der „Brandenburg“ habe er einen Sachverständigen nach Kiel geschickt und auf Grund des erhaltenen Berichts müsse er erklären, daß es unbedenklicher Weise unterlassen sei, eine Sicherheitsvorrichtung an dem Ventil eines Dampfrohres anzubringen.

Der Staatssekretär des Marine-Amts gab die Schilderung der Ursache der erfolgten Explosion unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß er nur seine persönliche Ansicht ausspreche, die zwar auf der Untersuchung eines Sachverständigen basire, aber keineswegs ein abschließendes Urtheil darstelle, weil solches erst nach Abschluß der schwebenden militärischen und gerichtlichen Untersuchung und Feststellung des Verfalls gefaßt werden kann. Nach Feststellung des vom Admiral nach Kiel geschickten Sachverständigen sei Material und Arbeit an den Maschinen der „Brandenburg“ ganz vorzüglich. Die weitere Untersuchung habe jedoch ergeben, daß die Zeichnung eines Maschinenteils in die Werkstätte zur Herstellung gegangen sei, ohne daß dieselbe dem dem Schiffsbau beaufschlagenden Beamten des Marineamts — das Schiff ist auf der Werft des „Vulkan“ in Stettin gebaut — vorgelegen hat. Das Rohr ist genau nach der Zeichnung angefertigt worden und es hat sich ergeben, daß die nothwendige Sicherheitsvorrichtung auf der Zeichnung fehlt. Nach Fertigstellung des Dampfrohres was es nicht möglich, den Mangel der Sicherheitsvorrichtung, die ihren Platz im Innern des Rohres hat, wahrzunehmen, und so müsse der Staatssekretär bis auf Weiteres glauben, daß die mangelnde Sicherheitsvorrichtung Ursache des schrecklichen Unglücks sei.

Die bis in alle Einzelheiten gehende Untersuchung werde volles Licht in dieses traurige Ereigniß bringen.

Wegen des Beginns der Plenarsitzung mußten die Verhandlungen abgebrochen werden. Die nächste Sitzung der Kommission findet Morgen Vormittag statt.

In der heutigen Sitzung der Waarenzeichnungs-Kommission wurde die erste Beratung des Gesetzentwurfes zu Ende geführt. Der § 15 erfuhr noch eine Erweiterung durch einen vom Abgeordneten Schmidt eingebrachten Antrag als § 15a, wonach die ausländischen, in Deutschland zur Ein- und Durchfuhr gelangenden Waaren, unter den bestimmten unzulässigen Bezeichnungen, auf Antrag und unter Sicherheitsleistung des Verlehten von den Steuerbehörden zu beschlagnahmen sind. Der § 18 ist abgeändert, jedoch die genauere Fassung und seine Stellung der nächsten Lesung vorbehalten. Durch eine Aenderung des § 20 ist derselbe insoweit erweitert und verschärft, als für den Bundesrath eine weitergehende Aktion der fremden Waaren gegenüber festgesetzt ist. Auch dem § 21 wurde ein anderer, entsprechender Zusatz gegeben. Beim § 22 wurde die Wichtigkeit desselben gerade für die Rheinländer und Solinger Industrie vom Referenten hervorgehoben.

Parteinachrichten.

Polizeiliche Steckbriefe gegen Sozialdemokraten. Im Braunschweigischen stellte ein Gemeindevorstand einem Arbeiter folgendes Fährtenblatt aus:

Dem Arbeiter H. B. hiersebst wird hierdurch bezeugt, daß er sich stets gut geführt, bemerke aber, daß er Mitglied des f. B. hier erhaltenden Sozialdemokratischen Vereins gewesen ist. Seit dessen Auflösung vor ein paar Jahren sind sozialdemokratische Bestrebungen des p. B. nicht wieder bekannt geworden.

Gitter, den 4. Februar 1894.

Der Gemeindevorstand.
Kypahn.

Hierzu eine würdige Aufgabe, „gewesene“ Mitglieder eines „aufgelösten“ Vereins noch weiter zu verfolgen, trotzdem seit Jahren keine sozialdemokratischen Bestrebungen des B. mehr bekannt geworden. Die Zugehörigkeit zu einem sozialdemokratischen Verein kann durch nichts Geringeres gelübt werden, als durch wirtschaftliche Vernichtung des Betreffenden — so will es die heilige Ordnung.

Presse. Die „Rheinische Zeitung“, welche gegenwärtig dreimal wöchentlich in Köln a. Rh. erscheint, soll in Wäde täglich herausgegeben werden, um „den Kampf gegen die am gleichen Ort erscheinenden Hauptorgane der national-liberalen und ultramontanen Partei erfolgreich führen zu können“. Der Abonnementspreis wurde auf 2,10 Mark pro Quartal festgesetzt.

Wie die „Göttin der Gerechtigkeit“ zu strafen weiß. In einem Bericht über den Stand der Presse, der in einer Parteiversammlung in Zwickau gegeben wurde, wurde hervorgehoben, daß die Redakteure der „Neu. Volkszeitung“ seit 1 1/2 Jahren bereits 17 Monate Gefängniß judiziert erhielten. — Die brave „Justitia“.

Ein außerordentlich rasches Wachsthum zeigt die Sozialdemokratie in Galizien. Namentlich greift die sozialdemokratische Propaganda in den bäuerlichen Kreisen außerordentlich um sich, da sich an derselben sowohl die polnische als ruthenische bäuerliche Bevölkerung lebhaft theilnimmt. So schreibt die „Köln. Volks-Zeitung“: Wir haben auf das Wachsthum der Sozialdemokratie in ganz Oesterreich schon wiederholt hingewiesen. In Galizien ist die beste Fortwärtlerin der Sozialdemokratie die dort herrschende fürchterliche Noth und die absolute Unfähigkeit der herrschenden Gewalten, irgend etwas zur Abhilfe derselben zu thun. Allein durch die Ueberschwemmungen des letzten Herbstes wurde ein Schaden von Millionen angerichtet, ganze Gemeinden sahen sich, von allen Mitteln entblößt, als Bettler dem Nichts gegenüber und der öffentlichen Mißthätigkeit anheimgegeben, während ihre „Betrücker“ unthätig in Wien saßen und um Ministerstühle feilschten. Man sehen sie ihre Hoffnung auf die Sozialdemokratie, von der sie eine bessere Vertretung ihrer Interessen erhoffen und diese Hoffnung wird sie nicht täuschen.

Polizeiliches, Gerichtliches u. c.

Die „Thüringer Tribüne“ (Erfurt) theilt berichtigend mit, daß ihr Redakteur Genosse Hülle wegen Verleumdung des Stadtbauraths Kortüm nicht zu 100 M., wie sie zuerst und nach ihr auch unser Blatt angegeben, sondern zu 500 M. Geldstrafe verurtheilt wurde. — Freigesprochen wurde Hülle von der Anklage, den Lehrer Möbius beleidigt zu haben, von dem behauptet worden war, daß er zwei Kinder mittels Kohrstrohs gemißhandelt habe. Der Wahrheitsbeweis konnte in vollem Umfange erbracht werden.

Briefkasten der Redaktion.

E. C. Der Satz: „Das Wort Gott ist nichts als eine leere Tafel“, auf der nichts steht, als was Du selbst darauf geschrieben, stammt nicht von Luther und kann nicht von ihm stammen. Er ist viel späteren Datums, und sagt wesentlich dasselbe, was Feuerbach sagte: Gott hat nicht den Menschen, sondern der Mensch hat Gott geschaffen.

U. W. B. Wir müßten einen langen, durchaus nicht in den Rahmen unseres Blattes passenden Artikel schreiben, wollten wir Sie über Wesen, Eigenschaften und Wirkung des Sublimin genügend aufzuklären versuchen. Sie werden wohl einsehen, daß das nicht gut geht. Schlagen Sie ein Konversationslexikon nach.
Alter Abonnent 94. Jude.

Für den Inhalt des Inzerats über-
nimmt die Redaktion dem Publikum
gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 3. März.
Opernhaus. Die Medici.
Schauspielhaus. Die Minnelönigin.
Verbotene Früchte.
Deutsches Theater. Der Herr
Senator.
Berliner Theater. Aus eigenem
Recht.
Essing-Theater. Madame Sans-
Gêne.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Die Brautjungfer.
Residenz-Theater. Der Maskenball.
Vermischte Anzeigen.
Neues Theater. A Basso porto.
Central-Theater. Ein Blümmel.
Adolph Ernst-Theater. Charley's
Tante. Vorher: Die Bajazi.
Viktoria-Theater. Der Südstern.
Alexanderplatz-Theater. Das
Heirathsbureau. Hierauf: Char-
ley's Tante.
National-Theater. Die blonde
Gina. Die Weber.
Theater hinter den Linden. Der
Obersteiger.
American-Theater. Lumpen-Su-
sanne, oder: Die Obdachlosen von
Berlin.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Wintergarten. Spezialitäten-Vor-
stellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Doppelvorstellung zu einfachen Preisen.
Novität:
Die blonde Gina.
Vollstück mit Gesang in 1 Akt von
Julius Reus.
Hierauf:
Novität:
„Die Weber“.
Schauspiel in 4 Akten v. Carl Peters.
Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang
7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.
Jeden Abend 8 1/2 Uhr:
Lumpensusanne
oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus
dem Müllwinkel (frei nach dem Ver-
brecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner.
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin“,
ein schon geprüftes Mädchen
Franziska Häser.
Die Bombe, Afterspermietherin im Müll-
winkel des „Sonnenanfangs“
Josephine Delouisseeur.
Brunwald — mit bewegter Vergangen-
heit
Martin Bendix.
Täglich: Auftreten des
besten Bauchredners d. Jetztzeit
H. Blank.
Ferner u. a.:
„Direktor Hippe“
von Martin Bendix,
sowie Hugo Schulz, Alfred Bender.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr,
Sonntags 6 1/2 Uhr.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
Welt u. größt. Etablissement. Verf.
Täglich abwechselnd. Programm
bei freiem Entree
der ersten Wiener Damenkapelle
„Mikloska“
und Auftreten von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
Täglich Auftreten des
Fräulein Miss Wobb,
Laubenkönigin,
mit ihren 24 dressirten Lauben,
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
3 Regeltischen. 6 Billards, pro
Stunde 60 Pf.
C. Koch, jr. Sambrinus.

Säle für Versammlungen
und Festlichkeiten
sind noch an verschiedenen Tagen
zu haben.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Ein Blitzmädel.
Pöffe mit Gesang in 4 Akten von Costa.
Musik von G. Müllöder.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
In Vorbereitung:
Novität! **Ein gesunder Junge.**
Pöffe mit Gesang u. Tanz v. Jean Kren.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazi.
Parodistische Pöffe mit Gesang in 1 Akt
von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
Heute, Sonnabend:
**Grosses humoristisches
Bock-Fest!**
Extra-Vorstellung.
Gratis-Verloosung u. s. w.
R. Winkler.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
**Spezialitäten-Vorstellung
und Konzert**
von nur Künstlern I. Ranges.
Auftreten der Ballet-Gesellschaft
Columbia (10 Damen), Ballet-
meisterin Rosa Fricke.
Auftreten der Elite-Parterre-
Akrobaten u. Pantomimentruppe
**Hernandez. Ein Liebes-
abenteuer.** Komische Orig.-
Pantomime. Fräulein Berkany,
Kostüm-Soubrette. The Willon's,
Dopp.-Jongleure. Geschw. Gläser,
Gesang u. Instrument-Duettsisten.
G. Cordes, Gesangs-Humorist.
Anfang: | Sonntags 8 Uhr.
| Wochentags 8 Uhr.
Entree Wochentags 50 Pf.
A. Zimmermann.

Passage- Panopticum.

Die
Glocke
von Fr. v. Schiller.
Musik von Romberg.
Dargestellt in
15 lebend. Bildern.

„Sanssouci“

Kottbuserstr. 4a.
Sonntag, den 4. März 1894:
**Stettiner
Sänger**
Anfang
7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Großes
Programm!
Zum Schluß:
„Im Manöver“.
Ensemble von Meyfel.
Montag: Viktoria-Brauerei.
Dienstag: Böhmisches Branhaus.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Sonnabend, den 3. März ev.,
Abends 7 1/4 Uhr:
Auf auf zur fröhlichen Jagd!
Gr. Sport-Schauspiel v. Dir. Fr. Renz,
Parforce u. Kasladentritt. Meute von
40 Hunden.
Außerdem: d. oßtr. Hengst Blondel
u. Monstro-Tableau von 60 Pferden,
vorgel. v. Hrn. R. Renz; Pas de deux,
ger. v. Mlle. Rose u. Hr. Franconi;
d. faulaf. Jockey Hr. Wassilliams;
d. karischen Spiele in der Luft,
ausgef. v. d. Troupe Dainoff; die
Hand-Akrobaten Gebr. Detroit, u. s. w.
Sonntag: 2 Vorstellungen.
Nachm. 4 Uhr: Gr. Komiker-Vorstell.;
Abends 7 1/2 Uhr: Auf auf zur fröh-
lichen Jagd!
Fr. Renz, Direktor.

Rechtsbureau

des königlichen Amts-
richters d. Altes Jakob-
straße 130, Gewissenhafter Rath in allen
Angelegenheiten. Unbemittelten unent-
geltlich. Auch Sonntags. 1088b

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des Verbandes der
im Vergoldergewerbe beschäftigten Ar-
beiter und Arbeiterinnen zur Nachricht,
daß das Mitglied, der Vergolder

Conrad Ekstein

an der Proletarier-Krankheit verstorben
ist. Die Beerdigung findet am Son-
tag, Nachm. 2 1/2 Uhr, vom Krankenhaus
am Urban nach dem Begräbnisplatz
der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-
Allee, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
685/9 Die Ortsverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht, daß
unser Kollege und treuer Genosse, der
Maurer Wilhelm Fügler nach
schweren Leiden am 1. März ver-
storben ist. Die Beerdigung findet
Sonntag, den 4. März, Nachmittags
4 Uhr, vom Neuen Jakobikirchhof
aus statt. (2098b) Die Kollegen.

Dankagung. 57129
Für die vielen Beweise herzlicher Theil-
nahme und die zahlreichen Kräftependen
bei der Beerdigung meines innig geliebten
Mannes Carl Köller sage ich allen
Freunden und Bekannten, auch dem
Fabrikpersonal meinen tiefgefühltesten
Dank. Ww. Köller, geb. Schulz.

Verein der Lithographen, Steindrucker u. Berufsgen. Deutschlands.

(Filiale Berlin.)
Montag, 5. März, Abends 8 1/2 Uhr,
bei Philipp, Rosenthalerstraße 38:
**Bertrauensmänner-
Versammlung.**
Um recht zahlreiches Erscheinen bittet
491/5 Die Verwaltung.

I. Nachtrag

zum Statut d. Orts-Krankenkasse
der Nadler und Siebmacher.

Laut Beschluß der General-Versamm-
lung vom 7. Januar 1894 wird § 17
umgeändert wie folgt:

Mitgliedern, welche sich eine Krank-
heit vorfänglich oder durch schuldhafte
Beteiligung an Schlägereien oder Kauf-
händeln oder durch Trunksüchtigkeit
zugezogen haben, wird ein Krankengeld
nicht gewährt.
Vorstehender Nachtrag tritt mit dem
Tage der Genehmigung in Kraft.

Der Vorstand,
gez. W. Kusche, Vorsitzender.

Vorstehender Nachtrag wird hierdurch
genehmigt. 2095b
Berlin, den 14. Februar 1894.
Der Bezirks-Ausschuß,
J. N. 547. Kayser.

Achtung Rixdorf!

Den Mitgliedern des Sozialdemo-
kratischen Vereins „Vorwärts“ zur
Kenntnis, daß die Bibliothek sich beim
Genossen Wurbs, Zietenstraße 70,
part. links, befindet.
111/8 Der Vorstand.

Ich nehme hiermit die Beleidigung
gegen meine Schwester, Frau Untage,
bitter bereut zurück.
2099b G. Gorges.

Wer hilft Genossen mit einem Dar-
lehn von 40 Mark vor Ermiffion?
Adressen unter G. R. Postamt Voedch-
straße. 2102b

Hiermit warne ich jeden, meiner
Frau Luise, geb. Hamann auf
meinen Namen etwas zu borgen, da
ich für nichts aufkomme.
2090b Otto Chnefzorge.

Berl. Bock-Brauerei

Tempelhofer Berg:
55. Bock-Saison.
2087b) Täglich:
Gr. Militär-Concert.

Nur noch kurze Zeit!
Präuser's anat. Museum.

Men: Reihkostüberfulose, Reihkopf-
polyp, Brustfellentzündung,
Lungenentzündung, Lunge mit Tubercu-
lose, Herz mit Klappenfehler, Magen
mit Entzündung, mit Geschwüren,
Leber- und Milzkrankheiten.
Schaufkanal durch fünf Körper,
Gladiatorenkampf,
täglich für erwachsene Herren, Dienstag
und Freitag für Damen.

Castan's Panoptikum.

Grossartige Ausstellung
Viele Novitäten!
Irrgarten. Illusionen. Märchen-Cyclus.

Freie Volksbühne.

Morgen, Sonntag, 4. Abtheilung (National-Theater):
Kabale und Liebe.
Beginn der Vorstellung: 2 Uhr.
Verloosung: 1 Uhr.
Für die 1. Abtheilung im Lessing-Theater:
Sodoms Ende.
Drama in 5 Akten von Hermann Sudermann.
Beginn der Vorstellung: 2 1/2 Uhr.
Verloosung: 1 1/2
Im Anfang des Monats März wird Herr Börner (Zahlstelle V)
nach dem vis-à-vis gelegenen Hause Ritterstr. 15 verziehen.
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
J. A.: Julius Türk. SW., Solmsstr. 24.

Achtung! Stellmacher! Achtung!

Sonntag, den 4. März, Vorm. präzise 10 Uhr, Rosenthalerstr. 38:
Versammlung
des Fachvereins der Stellmacher Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Der von der Janung 1896 anerkannte Lohnarif und dessen Inne-
haltung. 2. Diskussion. 3. Gewerblichliches und Verschiedenes. 285/10
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.
Am Sonntag, den 4. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal des
Herrn Hoffmann, Bergstraße 133:
Vereins-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Slogorist über Gewerbeberichte. 2. Diskussion.
3. Kottbuser Konferenz, event. Wahl eines Delegierten hierzu, und Vereins-
Angelegenheiten. 489/19
Gäste willkommen. Die Ortsverwaltung.

Achtung. Öffentliche Versammlung

aller im Getreide beschäftigten Personen
am Montag, den 5. März, Abds. 8 Uhr,
in „Hensel's Salon“, Zwalidenstraße Nr. 1.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Die Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen“. Referent:
Genosse Chieme. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Beschickung des
Kongresses zu Pflingten nach Halle a. d. S. — Kollegen, erscheint alle mit
Euren Frauen in der für Euch so wichtigen Versammlung. 494/1
Mit kollegialischem Gruß
Karl Peetz, Vertrauensmann, Straßunderstr. 60.

Verein der Maschinisten u. Heizer Berlins.

Sonntag, den 4. März, Nachmittags 5 Uhr,
in den Armin-Hallen, Kommandantenstraße Nr. 20.
Versammlung.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.
J. A.: H. Holz, Mulsenstr. 21.

Buchhandlung des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Berlin SW., Beuthstr. 2.

Sieben ist erschienen:
Zweite vermehrte und verbesserte Auflage

Die soziale Lage

der
Tabakarbeiter Deutschlands

zusammengestellt nach den
Ergebnissen des Kongresses der Tabakarbeiter

zu Berlin vom 19.-25. November 1893.
Im Auftrag des Kongresses herausgegeben von
der Kongresskommission.

Preis 50 Pf., franko nach auswärts 60 Pf.
Wiederverkäufern entsprechenden Rabatt.

Auf 120 Seiten Großoktav wird in Text und zahlreichen
Tabellen der ziffermäßige Nachweis für die elende und traurige
Lage der Tabakarbeiter erbracht, denen Nothlage der Reichs-
schaffsekretär v. Posadowsky in der Reichstags-Sitzung
vom 11. Januar schlankweg mit der Behauptung wegdiskurtirte,
die Lebenslage der Arbeiter sei in den letzten Jahren durch die
allseits gestiegenen Löhne wesentlich gehoben worden. Da das
Material nach einzelnen Provinzen und Städten geordnet ist,
Boden- und Ackerbau-Verhältnisse gesondert aufgeführt und daneben aus-
führliche Angaben über Wohnungsmiethe, Zahl und Beschaffen-
heit der verfügbaren Räume, Ernährung, kurz über alle Lebens-
verhältnisse der Tabakarbeiter mitgetheilt sind, so bietet die Bro-
schüre gerade jetzt für die Beurtheilung der Tabaksteuer-
Vorlage und deren Folgen, für die soziale Lage der Tabak-
arbeiter das sachkundigste Material. Daneben ist sie aber auch
ein werthvoller Beleg zur Frage der sozialen Lebenslage der
Arbeiter überhaupt. 821/20

Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen
Buchhandlung des „Vorwärts“.

Metzner's Korbwaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
größtes Lager Berlins. Muster
bisher gratis. Theilzahlung
Kinderwagen, gestattet. 500 Mark zahlte
ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte
Kinderwagen-Lager Berlins ha be. F. Metzner.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

61. Sitzung vom 2. März 1894. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Bronsart v. Schellendorf, v. Spiß, vom Haag.

Die Beratung des Etats wird mit dem Militäretat fortgesetzt.

Bei dem Ausgabeposten „Gehalt des Kriegsministers“ ergreift das Wort

Abg. Bebel (Soj.): Der Kriegsminister hat bei der ersten Beratung auf meine Ausführungen in bezug auf den bekannten Hannover'schen Spielerprozeß geantwortet, er finde es unerhört, daß man nachgerade anfangs, die Betrüger bei Seite zu lassen und die Betroffenen auf die Anklagebank zu schieben, bloß weil sie Offiziere seien und den höheren Ständen angehören. Ich war damals nicht in der Lage, auf diese Anklage zu antworten. Heute muß ich nachdrücklich die Unterstellung zurückweisen, als wenn ich die Sache nur zur Sprache gebracht hätte, wie es sich um Offiziere handelte, die ich in der öffentlichen Meinung herabsehen wollte. Der Kriegsminister wird aber zugeben müssen, daß die in jenem Prozeß zu Tage getretenen Erscheinungen weit über Deutschland hinaus den allerungenehmtesten und peinlichsten Eindruck gemacht haben. Es wäre wunderbar gewesen, wenn aus der Mitte der Volksvertretung ein solcher Vorgang nicht zur Sprache gebracht worden wäre. Der Kriegsminister hat weiter erklärt, daß das gesammte Offizierkorps einstimmig das leichtsinnige Schuldenmachen und das Hazardspiel verurtheilt, nicht ein Einziger es begünstigt. Dem widerspricht die Thatsache, daß gerade die Reitschule in Hannover eine Art Hochschule für die Vorbereitung des Spiels in der Armee ist, und es ist verunendlich, daß gerade der Kriegsminister hiervon nichts weiß, der bis kurz vor seinem Amtsantritt, wie vor ihm der gegenwärtige Reichskanzler Kommandeur des zehnten Korps gewesen ist, daß in Hannover seinen Sitz hat. Es wird mir weiter mitgeteilt, daß eine ganze Reihe von Kavallerieregimentern bereitwillig das Taschengeld den nach Hannover zur Reitschule kommandierten Offizieren zur Verfügung stellt, womit sie gerade der Verschuldung und dem Spiel Vorschub leisten. Krätzig hat noch ein hochkonservativer Herr in der „Kreuzzeitung“ einen Nothschrei erlassen über das Schuldenmachen der Offiziere, welche den Eltern so viel Sorge bereiten. Es sind meistens die Söhne von Apatariern, welche dann nach Staatshilfe rufen. Herr Böhm wird ganz genau wissen, welche Personen an der Börse spielen und welche Verluste man an der Börse haben kann. Es sind nicht allein in dem Prozeß in bezug auf die angeklagten Offiziere sehr milde Urtheile ergangen, sondern auch in den ehrengerichtlichen Verfahren so milde Urtheile, daß der Hochkommandirende diese Urtheile zur weiteren Entscheidung zurückgewiesen hat. Damit im Widerspruch steht allerdings das Verfahren gegen den bekannten Vertheidiger Althwardt's, des Rechtsanwalts Hertwig, der ehrengerichtlich seiner Stellung als Reserve-Offizier entbunden wurde, weil er die Würde seines Standes nicht hinreichend gewahrt habe. Dabei hatte er weiter nichts gethan, als für seinen Klienten ein möglichst mildes Strafmaß zu erzielen. Wo soll das enden, wo ist da noch die Grenzlinie zwischen bürgerlicher und rein militärischer Thätigkeit? Durch die Presse ging kürzlich die Notiz, daß eine Anzahl von konservativen Reichstags-Abgeordneten in Schlesingen einer bei dem Diner des Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg gethanen Aeußerung des Kaisers ihr Abschiedsgesuch als Reserve- oder Landwehr-Offiziere einzuziehen beabsichtigte. Wenn das so weiter geht, wird schließlich keine Partei mehr übrig bleiben, deren Angehörige in der Armee bleiben können, wenn sie nicht auf eine Meinungsäußerung verzichten wollen, die der Regierung unangenehm ist. Gegen die Maßregelung sozialdemokratischer Militärs hat natürlich keine Partei etwas auszusagen. So wurde einem jungen Mediziner, dem Dr. Oppenheimer in Straßburg, es abgeschlagen, sein zweites Halbjahr als Unterarzt in der Armee abzudienen, obwohl er das dazu erforderliche Dienstzeugniß beigetragen im Stande war, bloß weil er sich bei den letzten Reichstagswahlen unvorsichtiger Weise in meiner Gesellschaft hatte sehen lassen. Dies war der Militärbehörde von der Polizei gemeldet worden und Dr. Oppenheimer wurde bedeutet, er habe nunmehr seine Dienstzeit abzudienen wie jeder andere, also ohne Aussicht auf Avancement. In dem erwähnten Zeugniß wird anerkannt, daß er in jeder Beziehung seine volle Schuldigkeit gethan habe und daß auch in bezug auf seine Gesinnung nicht das geringste Bedenken vorliege. Der Kriegsminister hat meine Frage, ob die Militärbehörde ein allgemeines Ueberwachungssystem über die Militärpflichtigen hinsichtlich ihrer sozialdemokratischen Gesinnung eingeführt habe, verneint, sie erfahre dies auf irgend einem anderen Wege. Ein solches allgemeines Ueberwachungssystem existirt allerdings, zwar nicht von Seiten der Militär-, aber der Zivilbehörden. Die Militärbehörden erhalten dann die bezüglichen Meldungen. Ich habe die Beweise in Händen. Die Regierung der Pfalz hat in Vollzug einer vom Igl. Ministerium des Innern unter dem 17. August 1885 (I) ergangenen Weisung die nachgeordneten Organe aufgefördert, diejenigen Personen zu denunzieren, welche sich vor ihrem Eintritt in die Armee als Sozialdemokraten irgendwie bemerkbar gemacht haben. Es wurden auch solche denunziert, die mit der Sozialdemokratie gar nichts zu thun gehabt hatten. Es liegt mir ferner vor ein Erlaß der königlichen Hauptmannschaft zu Annaberg vom 6. Juni 1890 mit der Ueberschrift „Geheim“, gerichtet an die Herren Gendarmen und endlich ein Erlaß des Zivilvorstehenden der Ersatzkommission zu Dessau vom 18. April 1893, beide im gleichen Sinne. Diese Erlasse beweisen, daß ein ausgedehntes Ueberwachungssystem existirt. Ich bin freilich der Meinung, wenn die Sozialdemokratie, nachdem sie nach Aufhebung des Sozialistengesetzes sich unter gleichen Rechtsbedingungen in Deutschland bewegen kann, wie die anderen Parteien, dennoch nach Ansicht der Militärbehörde eine so gefährliche Partei ist, daß sie besondere Ausnahmemaßregeln, ein besonderes Ueberwachungssystem erfordert, dann ist es viel konsequenter, die Anhänger der Sozialdemokratie vom Militärdienst auszuschließen. (Heiterkeit links.) Diese Konsequenz halte ich für richtig, obwohl die Leute, welche als Sozialdemokraten in die Armee treten, meist mit zu den besten Soldaten gehören. Wir erleben überhaupt im Deutschen Reich wunderbare Dinge. Es vergeht fast kein Jahr, in dem uns nicht neue Ueberraschungen geboten werden, namentlich auf dem Gebiet, das hier in Frage steht. Im vorigen Herbst hat der Hochkommandirende bei Gelegenheit der Rekrutenvereidigung in Berlin eine Rede gehalten, die un widersprochen durch die ganze Presse ging. Es hieß

darin: Ihr habt die Ehre, in der Hauptstadt bei meiner Garde zu stehen. . . . (Präsident v. Lesehow bemerkt, daß es nicht üblich sei, die Person des Monarchen in die Debatte zu ziehen.) Das hat mir auch fern gelegen; ich will nur die betreffende Aeußerung in die Debatte ziehen, weil sie mir nothwendig schien zur Beurtheilung der hier vorgebrachten Dinge. Es wurde weiter darin ausgesprochen. . . . (Präsident v. Lesehow: Herr Abgeordneter, ich habe Sie ersucht, abzugeben in diesen Ausführungen.) Ich will also ganz allgemein sprechen. Soldat soll also künftighin nur werden können, wer sein Vaterunser zu beten im Stande ist. Danach sind also Juden von vornherein ausgeschlossen, ferner alle Atheisten oder Angehörige einer nicht-christlichen Religionsgemeinschaft. Dann wäre auch hier die Konsequenz, die Bestimmung in die Militärgesetzgebung aufzunehmen, daß, wer sein Vaterunser nicht beten kann, auch nicht kaiserlich deutscher Soldat werden soll. Wohin wir allerdings dann kommen, mögen Sie sich selber vorstellen. Wenn diese Dinge im Ausland bekannt werden, sind sie nur geeignet, uns lächerlich zu machen. Sie stehen mit der allgemeinen Rechtsgiltigkeit in greifstem Widerspruch. (Beifall links.)

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf: Daß die Reitschule in Hannover eine Hochschule für die Spieler ist, ist mir nicht bekannt. In vier Jahren sind 35 Offiziere in derartige Untersuchungen verwickelt gewesen; ein großer Theil dieser Prozesse spielt garrnisch in Hannover, sondern in Wiesbaden und anderswo. Meiner Ansicht nach gehört der ganze Spielerprozeß garrnisch zu den Dingen, über welche der Reichstag verfassungsmäßig beraten oder irgend etwas beschließen kann. (Widerspruch.) Aus der Reitschule gehen alle Jahre zahlreiche tüchtige Reitlehrer hervor; zahlreiche Offiziere, welche sich in der Front vorzüglich bewähren und die im Ernstfall trotz der Bedenken des Abg. Bebel für die Armee die Kaskanen aus dem Feuer holen. Herz und Nerven der jungen Herren zu stärken, ihren Charakter zu stärken, ist die Aufgabe des Instituts, nicht aber der Spielsucht zu fröhnen u. dergl. Am 7. November 1893 sprach Herr Bebel davon, daß die Ordre gegen die Verschwendungssucht in der Armee nicht befolgt würde. Die allerhöchsten Ordre werden befolgt. Wer sie nicht befolgt, wird bestraft oder verabschiedet. Daß einer über die Stränge schlägt, kommt in allen Berufsständen vor; entscheidend ist, daß die leitenden Personen dafür sorgen, daß niemand über seine Verhältnisse wirtschaftet. Das militärische Sigerlthum ist mir unbelannt. Was die Herren darunter verstehen, ist offenbar, daß der Lieutenant immer mit sauberem Rock erscheint und auch ferner erscheinen wird (große Unruhe links), daß auf denselben die Fleder nicht zu sehen sind von dem Schmutz, mit dem sie in der Presse fortwährend beworfen werden. Die Broschüre Videant consules! kommt nicht aus angesehenen, sondern aus misvergnügten Offizierkreisen. Die Zahl der Offiziere, welche das Abiturientenexamen machen, hat sich von 1878 bis jetzt von 31 auf 39 vSt. gesteigert. 842 Offiziere haben studirt. Das geistige Niveau des Offizierkorps ist also nicht im Sinken begriffen. Herr Bebel sprach auch vor dem brillant verlaufenen Manöver der Schweiz. Auswärtige Urtheile über unsere Mäner lauten aber ganz ebenso zufriedenstellend; man kann von geistiger Inferiorität unserer Offiziere daher auch nicht reden. Was Herr Bebel aber über kavalleristische Leistungen „aus Erfahrung“ gesagt hat, trifft auch nicht zu. Beim Manöver kann man aber über solche Dinge keinen Eindruck gewinnen. Auf dem Schlachtfeld sieht das ganz anders aus; ich weiß nicht, ob Herr Bebel schon eins gesehen hat. (Heiterkeit.) Das klein-lalidrige Gewehr bringt es keineswegs mit sich, daß die Kavallerie zu abdauern hat. Der Fall Oppenheimer ist streng nach dem Gesetz behandelt worden. Junge Mediziner können, nachdem sie ihr Doktorexamen gemacht haben, den zweiten Theil des Dienstjahres als Unterärzte abdauern. In diesem Fall aber werden bestimmte Forderungen erhoben; sie müssen nach der Gesinnung den Anforderungen entsprechen, welche wir für einen Vorgesetzten fordern müssen. Herr Oppenheimer erschien nach dem ersten halben Jahre nach Führung, Leistung und Gesinnung wohl für einen Vorgesetzten geeignet. Er promovirte in Straßburg. Da wurde im vorigen Jahre dem Bezirkskommando Mittheilung gemacht, daß der Herr sich sehr lebhaft an der sozialdemokratischen Agitation für Herrn Bebel betheiligte habe. Das war sein gutes Recht. Bei der disziplinarischen Untersuchung verlegnete Herr Oppenheimer Herrn Bebel. Ich finde das nicht schön. (Heiterkeit.) Nachher aber, als Herr Bebel nach Straßburg kam, ging er auf den Bahnhof und betheiligte sich an dem Empfang desselben; ein Parteiführer von der Bedeutung des Herrn Bebel reist heutzutage nicht mehr infognito. (Heiterkeit.) Hiernach traten die bereits aufgestellten Bedenken gegen die Gesinnung des Herrn bei den Vorgesetzten in verstärkter Maße an und Herr Oppenheimer wurde zurückgewiesen. Weßhalb der Fall hier aufgedeckt wird, begreife ich nach diesen dürren Thatsachen nicht. Wir können doch nicht Leute in der Armee zu Vorgesetzten machen, die wider Willen ihre Funktionen ausüben; wer den Hohnleid leistet, nur um der Strafe zu entgehen, kann uns keine Garantie bieten. Wenn ich die ganze sozialdemokratische Fraktion unter mir als Kompagnie gehabt hätte, den ersten Tag wäre es vielleicht gegangen, den zweiten Tag hätte es einen Krach gegeben, der nicht mehr gut zu machen gewesen wäre. (Stürmische Heiterkeit.) Der Fall Hertwig beweist doch auch nichts. Herr Hertwig hat auf wiederholte Aufforderung, sich über eine in der Presse erwähnte Thatsache zu äußern, beharrlich nicht geantwortet. Wer in einem Dienstverhältnis in der Armee steht, muß antworten; er ist mit einigen Monaten Gefängnis bestraft worden. Eine Organisation zur Ueberwachung der Sozialdemokraten besteht bei uns nicht. Wir legen Werth darauf, zu erfahren, welche Militärpflichtige zielbewußte Sozialdemokraten sind; ob sie sich einmal in einer Versammlung befunden haben, ist uns völlig gleichgültig. Die Sozialdemokraten von der Militärpflicht zu befreien, wäre ganz gegen das bestehende Gesetz. (Beifall rechts.)

Abg. Rösche (Wid) regt die Frage der Ableistung der Dienstpflicht durch die Volksschullehrer an. Der Landesvizepräsident preussischer Volksschullehrer fordert die Zuerkennung des Rechts des einjährigen Dienstes für die Seminar-Abiturienten. Nach der Aufhebung der Ersatzreserve-Einrichtung sehen die Lehrer in der geltenden Vorschrift, wonach sie nur sechs Wochen zu dienen brauchen, nicht mehr einen Vorzug, sondern eine Zurücksetzung; sie wollen nicht mehr als Soldaten dritter Klasse gelten.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf: In Verbindung mit dem Kultusminister erwäge ich diese Frage schon längere Zeit. Im Prinzip sind wir bereits in Uebereinstimmung. Es ist nur schwierig, die Sache in Wirklichkeit umzusetzen, ohne die Interessen der Unterrichtsverwaltung zu schädigen. Es wird über ein Uebergangsstadium verhandelt.

Abg. Ricker ist über diese Auskunft sehr erfreut. Nebenmüßig über den Stand der Revision der Militär-Strafprozeß-Ordre eine Erklärung der Militärverwaltung.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf: Ich halte nicht für ausgeschlossen, daß die für die Zivil-Prozeßordnung geplanten Änderungen nicht ohne Rückwirkung bleiben werden auch für die Militär-Strafprozeß-Ordre.

Abg. Weis-Nürnberg (reif. Wp.) spricht dem Kriegsminister für seine Erklärung in Sachen der Volksschul-

lehrer seinen Dank aus. Die heutige Erklärung des Minister werde ganz besonders freudig von den Lehrern begrüßt werden. Auch nach dem französischen Gesetz seien die Volksschullehrer zum einjährigen Dienst zugelassen. Allerdings laufen im Lehrerstande arme Teufel genug herum; aber daran wird die Durchführung dieser Aenderung nicht scheitern.

Abg. Haffe (natl.): Der Lehrermangel, welcher für Preußen die Durchführung der Maßregel zur Zeit noch nicht zuläßt, besteht für Sachsen nicht mehr. Wer das Seminar absolviert hat, besitzt eine höhere allgemeine Bildung als diejenigen, die durch die Presse gegangen sind und die höheren Schulen bis zur Sekunda besucht haben. Diese Bildung qualifizirt ihn durchaus zum einjährig-Freiwilligen. Ein großer Theil der Lehrer ist ja zur Zeit nicht in der Lage, die finanzielle Last zu tragen, aber auch da werden sich Auswege finden. Daß der Volksschullehrer mit der Waffe dient, liegt im Interesse der Armee und seiner selbst.

Abg. v. Mantuffel: Herr Bebel hat seiner Zeit angedeutet, daß die Nothlage der Landwirtschaft damit zusammenhänge, daß die Söhne der Großgrundbesitzer in Hannover viel Geld verspielten. Die Entdeckung, daß der Roggenpreis mit dem Erfolg des Hazardspiels zusammenhänge, war Herrn Bebel vorbehalten. Die Nachricht der Zeitungen, daß konservative Abgeordnete ihren Abschied als Offiziere fordern werden, ist falsch und erfunden; die Abgeordneten, die das Recht zum Tragen der Uniform haben, sehen in diesem Recht auch eine heilige Pflicht. Die Lehre der Sozialdemokratie sieht in direktem Widerspruch mit unserer gesammten staatslichen und gesellschaftlichen Ordnung, und daher muß die Armee, welche diese Ordnung aufrecht erhalten soll, naturgemäß darüber wachen, daß solche Lehren Aufnahme in der Armee nicht finden oder doch möglichst wenig verbreitet werden. Thun diese Leute ihre Pflicht und Schuldigkeit als Soldaten, so werden sie selbstverständlich ganz ebenso wie die anderen Soldaten behandelt; daß sie aber nicht in Stellungen gebracht werden, welche eine gewisse Autorität an sich haben, ist ebenso selbstverständlich. Schließt man die Sozialdemokraten von der Dienstpflicht aus, so wäre das ein Nothwehr; gerade durch die Dienstpflicht werden die Sozialdemokraten gebessert oder wieder vernünftig gemacht. (Heiterkeit.) Auf bei den Sozialdemokraten: Geächtet! Selbstverständlich müssen Sie gegen Christentum und Armee kämpfen, weil diese beiden die festesten Stützen der Monarchie sind und weil Sie die Monarchie bekämpfen. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Oriola (natl.) weist darauf hin, daß einige vorhandene brauchbare und gute Kasernen nicht benutzt werden, während andere, die gleichfalls noch brauchbar und gut sind, demnächst angeblich aufgegeben werden sollen. In Gegenden, wo solche Kasernen vorhanden sind, sollte man diese nicht unbenutzt lassen und dafür nicht neue bauen. Der Kriegsminister möge eine genaue Uebersicht über diese Kasernen geben, damit man über das Bedürfnis an Kasernenbauten orientirt werde.

Generallieutenant v. Funk: Schon aus dem einfachen Gebote der Sparsamkeit werden brauchbare Kasernen nicht leer gelassen werden. Sind einzelne Kasernen leer gelassen worden, so ist dies aus zwingenden Gründen geschehen, vorwiegend wegen der Truppenverschiebungen nach der Grenze. Das sind aber nur ganz vereinzelte Fälle gewesen.

Abg. Graf Noon (Wl.): Ich bin einer derjenigen Offiziere, welche angeblich ihre militärische Stellung von ihrer parlamentarischen Thätigkeit nicht zu trennen vermögen. Es fällt uns das gar nicht ein. Herr Bebel ist sehr unvorsichtig und sehr leichtgläubig gewesen, sonst müßte er doch wissen, daß 1/3 von allem, was in den Zeitungen steht, erlogen ist. Wir werden unserer parlamentarischen Pflicht eingedenk sein und danach handeln, wenn es nicht anders geht, als allergetreueste Opposition. Die Sozialdemokraten haben sich hier in reine Kommando-Angelegenheiten des allerhöchsten Kriegsherrn eingemischt. Die Ansprachen des allerhöchsten Kriegsherrn gehen Sie garrnisch an. Wir müssen dankbar sein für alles, was geschieht, um die Disziplin in der Armee aufrecht zu erhalten. Wir sind auch dankbar dafür, daß in der Armee auch für eine sittliche Erziehung gesorgt wird, die aus Gottesfurcht, der Würzel der Treue beruht; diese Verhältnisse dürfen hier nicht zu Gebot gemacht werden. (Präsident v. Lesehow ersucht den Redner, solche Ausdrücke zu unterlassen.) Wenn Herr Bebel meint, Juden würden mit jenen kaiserlichen Worten ausgeschlossen, so müßte er das zurückweisen, wenn damit gesagt sein sollte, daß die Juden in der Armee besondere Rücksicht verdienen. Große Passion für die Armee hatten die Juden bisher nicht gezeigt.

Abg. Bebel (Soj.): Die Ausnahmestellung der Volksschullehrer im Militärdienst war hervorgerufen durch den Lehrermangel und dieser begründet in der jämmerlichen Bezahlung der Lehrer. Nachdem aber der Lehrermangel infolge einer auskömmlichen Befoldung in Sachsen z. B. gänzlich geschwunden ist, in Preußen und anderen Staaten hoffentlich bald schwinden wird, liegt kein Grund mehr vor, das alte Privilegium fortbestehen zu lassen, geschweige ein neues Privilegium in Form des einjährig-Freiwilligen-Dienstes zu schaffen. Wir müssen entschieden dagegen protestiren, daß dies Privilegium des Geldbetrags auf weitere Kreise ausgedehnt wird, ganz abgesehen davon, daß eine ganze Anzahl von Lehrern wegen Mangels an materiellen Mitteln von diesem Vorzuge gar keinen Gebrauch machen würde. Die Lehrer mögen also zwei Jahre dienen oder die Dienstzeit für alle abgelöst werden. Zum Offizierkorps aber muß jeder zugelassen werden, der dazu seine Fähigkeit aufweist, ohne Rücksicht auf seine materiellen Mittel. Die Herren v. Mantuffel und v. Noon brauchen sich über mich nicht so zu ekhansiren. Ich habe die Meldung über den Abschied konservativer Abgeordneter aus dem Offizierkorps dem „Volk“ entnommen. Die Mittheilung ist 8 bis 14 Tage durch alle Blätter gegangen, ohne daß irgend einer der Herren Veranlassung genommen hätte, die Notiz richtig zu stellen. Wäre dies geschehen, dann hätte ich nicht nöthig gehabt, darauf zurückzukommen. Ich habe den Fall nur angeführt, um nachzuweisen, wozu es führen muß, wenn die politische Gesinnung als Maßstab für militärische Tüchtigkeit angesehen wird. Das Desavouir trifft nicht mich, sondern das „Volk“ und die anderen konservativen Blätter. Wenn also Herr v. Noon meint, 1/3 dessen, was in der Presse stünde, sei erlogen, so mag er diese Erfahrung wohl bei seiner Parteipresse, vielleicht auch der „Kreuzzeitung“, gemacht haben, nicht bei der unrigen. (Oh! rechts.) Er sowohl wie der Kriegsminister haben mir das Recht abgesprochen, mich in Kommandosachen zu mischen, das läme uns verfassungsmäßig nicht zu. Wenn es die Presse thut, so haben wir Abgeordnete mindestens dasselbe Recht, und ich lasse mir dieses Recht nicht nehmen, denn für die Einrichtungen, welche wir kritisiren, werden von uns die Mittel verlangt. Der Kriegsminister hat gemeint, die Ordre Sr. Majestät — hier handelt es sich um die Verschwendungs- und Spielsucht der Offiziere — würden jeder Zeit berückichtigt und beobachtet. Wenn das so wäre, so wäre Niemand froher darüber als wir. Aber trotz der allerhöchsten Ordre des Kaisers und des Prinzen Georgs von Sachsen und trotz aller Befragungen sind wiederholt Militärmisshandlungen vorgekommen, wie ich später nachweisen werde. Den Ausdruck „militärisches Sigerlthum“ habe ich nicht erfunden, er bezieht sich auf die Auswüchse in der Ueblung der Offiziere, die hohen Hockragen, die Stiefel mit langen

Schnäbel, die meistens in die Straße ragen (Heiterkeit), die Bügelstange im Weinfeld (Zuruf) und vieles andere. Ich muß aber entschieden dagegen Verwahrung einlegen, als wenn ich ein Vertreter der Schmutzigen wäre. (Große Heiterkeit.) Ich bin persönlich ein Freund der Keiligkeit. (Heiterkeit.) Ich betrachte es als das erste Zeichen eines gebildeten Mannes, äußerlich reinlich dazustehen, und verlange es von jedem, wenn es die Verhältnisse ihm erlauben, und vom Soldaten erst recht, der sich die Uniform nicht selbst zu kaufen braucht. Aber wenn ich Auswüchse in der Kleidung kritisiere, darf man mir doch nicht unterstellen, daß ich neidisch sei, weil die Offiziere besonders propper und nett in der Uniform zu gehen pflegen. Mit Bezug auf die Broschüre „Vidant consules“ habe ich nicht selbst das Urteil gefällt, das die Militär-literatur Deutschlands hinter der Frankreichs an Werth zurücksetzt, denn ich habe darüber, besonders über die französische Literatur kein sachverständiges Urteil, sondern nur im Hinblick auf den Werth, den man überall, auch hier im Reichstag der Broschüre beigelegt, erklärt, daß eine große Wahrscheinlichkeit für dieses Urteil spräche, zumal die Broschüre von hochangesehenen sachverständiger Seite ausgegangen sein soll. Wenn sie von einem misvergnügten Offizier ausgegangen sein soll, so war er eben misvergnügt über Einrichtungen in der Armee. Wenn das Verdorben ist, so beweist das gerade, daß der militärische Druck von oben gewisse Meinungsäußerungen über Einrichtungen der Armee nicht zuläßt, wenn sie den vorgefaßten Meinungen oben nicht entsprechen. Mit dem Hinweis auf die schweizerischen Mandoer habe ich gemäß unserem Standpunkt beweisen wollen, daß man nicht eine stehende Armee mit zwei- oder dreijähriger Dienstdauer braucht, um mustergültige Mandoer auszuführen. Die Kritik über die Mandoer in Gfäß-Bohringen ging durch die ganze Presse, wonach jener Kavallerie-Angriff nicht auf eine bereits verschüttete Infanteriegruppe gemacht wurde, sondern im freien Gelände auf gut gebaute Infanterie, so daß im Ernstfall kein Mann und kein Pferd davon gekommen wäre. Der Hauptgrund zur Maßregelung des Oppenheimer soll darin gelegen haben, daß er vor der Universitätsbehörde gezeugnet habe, daß er mit mir in Verbindung stehe. Das ist undenkbar, weil Oppenheimer in Straßburg mit mir offen verkehrt hat und selbst Universitätsprofessoren ihn an meiner Seite gesehen haben, er auch kein Geheimnis aus seiner Besinnung gemacht hat. Er kann den Universitätsprofessoren höchstens die ganz korrekte Antwort gegeben haben: „Was ich für eine Meinung habe, geht Sie nichts an.“ Er ist auch nicht von der Universitätsbehörde, sondern von der Straßburger Polizeibehörde der Militärbehörde denunziert worden. Die Neuerung des Kriegsministers, daß die Armee wissen müsse, ob sie zielbewusste Anhänger unserer Partei in ihrer Mitte habe, beweist schlagend, daß zwischen Heiterkeit und Militär eine fortgesetzte Kommunikation darüber stattfindet, ob die eintretenden Soldaten Sozialdemokraten sind. Nach meinen Belandungen in der Kommission sollen die Sozialdemokraten nur gezwungen den Fahneneld leisten, und solche Leute will man nicht zu Führern berufen. Ohne den Fahneneld würde die Armee in ihrem inneren Zusammenhang und ihrer Schlagfertigkeit nicht um ein Haar verlieren. Der Fahneneld bedeutet hier so wenig wie bei einem Beamten, der Unterschlagungen begeht, aber nicht wegen Eindrucks, sondern wegen dieses nach bürgerlichen Begriffen strafbaren Vergehens bestraft wird. Auch konservativ und religiöse Leute wollen von Fahneneld nichts wissen. Die Sozialdemokraten sind zu Lüge Leute und wissen sich den Verhältnissen zu akkommodieren. Wir heulen mit den Wölfen, wo wir müssen. Unser verdorbenen Fahneneld hat als Unteroffizier gegen Frankreich geschrien und er war damals sogar Abgeordneter. Wenn der Kriegsminister als Kompagniechef mit unserer Fraktion nicht antworten zu können meint, so kommt das auf eine Probe an. (Heiterkeit.) Die Sozialdemokraten thun in der Armee auch aus innerer Einsicht ihre Pflicht, denn Disziplin muß in der Armee ebenso sein, wie in unserer Partei. Sozialdemokratische Offiziere können Sie ausschließen, sozialdemokratische Unteroffiziere und Feldwebel haben Sie in Hülle und Fülle in der Armee. Im Kriege würden Sie dieselben vieltausendfach als Führer von Kompagnien und Jüden gebrauchen, da die Taktik dahin geht, die Offiziere zunächst kampfunfähig zu machen. Im nächsten Krieg, der uns hoffentlich noch recht fern liegt oder uns lieber ganz erspart würde, der aber so ansteht, daß wir den letzten Mann und den letzten Groschen brauchen, würden Sie froh sein, daß die Sozialdemokraten an Ihrer Seite stehen. Ebenso wenig wie mit dem Sozialistengesetz können Sie durch solche Mittel die Ausbreitung unserer Lehren verhindern. Dafür sorgen die Agrarier in erster Linie, daß die Sozialdemokratie in immer weitere Kreise der Bevölkerung dringt. (Zustimmung links, Lachen rechts.) Wenn ich gesagt habe, daß die Väter der jungen Leute in der Reitschule zu Hannover zumeist in den Weiden der Agrarier zu suchen seien und daß infolge der Spielwuth der Nothstand in die agrarischen Kreise gedrungen sei, so habe ich Herrn v. Mantuffel gegenüber das Vertrauen zu der Bekanntheit der persönlichen Verhältnisse seiner Parteigenossen — die Anwesenden natürlich immer ausgenommen (Heiterkeit) — daß er das, was ich hier ausgeführt habe, leider viel mehr für wahr hält, als er selbst zugeben will. Der geringe Beifall seiner Parteigenossen bei seinen diesbezüglichen Bemerkungen mag ihm beweisen, wie wenig sie zutreffend sind. Das das Kartenpiel auf den Roggen- und Weizenpreis Einschuß habe ich nicht behauptet. Aber daß die Ausgaben mancher junger Herren ihren Vätern Ursache geben, zu wünschen, daß die Preise von Roggen und Weizen möglichst hoch stehen, das ist ganz gewiß. Wir als Vertreter der arbeitenden Klassen haben aber keinen Grund, mitzuhelfen, daß die Herren das Geld bekommen zur Befriedigung ihrer noblen Passionen. (Beifall links.)

Abg. v. Karbort (H.): Natürlich kann der Lehrer nur unter den Voraussetzungen zur einjährigen Dienstzeit zugelassen werden, welche sonst vorgeschrieben sind. Wie den Lehrern finanzielle Erleichterungen zu gewähren sind, diese Frage bleibt wohl vorläufig in suspensa.

Abg. Werner (Antisemit) kommt auf den Rechtsanwalt Hertwig zurück. Nach der disziplinarischen Bestrafung wegen Ungehorsams sei gegen diesen ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, weil er die militärischen Sachverständigen, seine militärischen Vorgesetzten nicht rücksichtslos genug behandelt haben sollte. Das sei sehr bezeichnend. Es scheint danach, als ob ein Rechtsanwalt Reserve- oder Landwehroffizier nicht sein könne. Der Kriegsminister werde hoffentlich noch nähere Aufklärung geben. Den Lehrern wünschen auch die Antisemiten den einjährigen Dienst und zwar mit staatlicher Unterstützung. Schließlich plädiert Redner für die Befreiung der vorhandenen Garnisonen in Hersfeld und Rothenburg an der Fulda, wo die Stadtgemeinden kostspielige Kasernen gebaut haben. Die paar Juden stehen sich sehr wohl bei jedem Armeekorps in ein Halbataillon stellen und von jüdischen Offizieren befehlen, dann werde man ja sehen, wie kriegerisch die Juden seien.

Abg. von Mantuffel verwahrt sich gegen die Kritik des Abgeordneten Bebel. Zum Offizierexamen müsse zugelassen werden, wer die Eigenschaften von Offizier hat, nicht aber jeder, der bloß die Fähigkeiten dazu hat. Die Sozialdemokratie werde schließlich und durch die Lehren des Christenthums überwunden werden (Lachen bei den Sozialdemokraten). Aus dem Kampfe der Sozialdemokraten gegen das Christenthum erklärten sich die ganz unqualifizierbaren Angriffe der Sozialdemokraten gegen das Vaterunser. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Tuhauer (Soz.): Ich möchte eine Angelegenheit zur Sprache bringen, die schon in früheren Jahren hier erörtert wurde, nämlich die Uebelstände, unter denen die Zivilmilitär infolge der Konkurrenz der Militärmilitär leiden. Die Leute haben ihre Beschwerden in einer Petition dem Reichstage unterbreitet

und die Beschlüsse derselben sind dem Kriegsminister zugegangen, aber es ist bisher in dieser Angelegenheit nichts geschehen. Es giebt über 20 000 Musiker im Heere und die Konkurrenz gegen die Zivilmilitär ist im Wachsen wie die Mißthaltung der letzteren. Den Militärmilitär wird die Konkurrenz noch dadurch erleichtert, daß sie auf Grund ihres Militärpasse ermäßigte Fahrpreise auf den Eisenbahnen haben. Mit ihren Vorstellungen bei den Militärbehörden haben die Zivilmilitär bisher wenig Erfolg gehabt. Es ist immer, daß man wegen des ungünstigen Dienstverhältnisses den Militärmilitär das öffentliche Koncertieren nicht verbieten könne. Ich meine, das Offizierkorps, welches doch die größten Annehmlichkeiten durch die Militärkapellen hat, und dessen Mitglieder oft an einem Abend tausende von Mark verdienen, sollte dazu beitragen, daß das Dienstverkommen der Militärmilitär sich besser gestaltet, indem das Offizierkorps größere Zuschüsse an die Musikkorps zahlt. Das geschieht aber nicht. Dieser Umstand des geringen Dienstverkommens kann doch nicht als maßgebend betrachtet werden, um die Uebelstände, unter denen die Zivilmilitär heute leiden, dauernd aufrecht zu erhalten.

Kriegsminister Braunert von Schellendorf: Soweit ich weiß, ist über eine bezügliche Petition des deutschen Musikerverbandes bereits eine Resolution in der Kommission beschlossen worden; die Sache wird also später zur Sprache kommen. Herr Hertwig hat vor Gericht die Offiziere des Kriegsministeriums gefragt, ob sie sich nicht in einem Widerspruch zwischen ihrem Fahneneld und ihrem Zeugeneid befinden. Das ist doch etwas hart. (Heiterkeit.)

Abg. Förster (Antisemit) tritt für eine Erleichterung des Uebertritts aus den unteren Chargen in die Offizierchance ein. Beisahl den jüdischen Soldaten das Vaterunser verhaft sein solle, sei ihm unvernünftig.

Kriegsminister Braunert v. Schellendorf verliest den Text der Vernehmung des Dr. Oppenheimer; er müsse danach seine vorherigen Ausführungen trotz der Einwände des Abg. Bebel ausdrücklich erhalten.

Abg. Csanu (natl.) tritt der Ansicht des Abg. Bebel entgegen, daß den Lehrern das Privileg des einjährigen Dienstes nicht verliehen werden dürfe. Damit stelle Herr Bebel die Lehrer unter ein Ausnahmegeretz.

Abg. Müller-Sagan (Fr. Sp.): Unter die Zahl der Lehranstalten, welche Berechtigungszeugnisse zum einjährigen Dienst ausstellen dürfen, sind bisher die Schullehrer-Seminare nicht aufgenommen. Es fragt sich also, ob die Seminare soweit vorgeschritten sind, um diese Berechtigung fordern zu können. Der Reichstag wird diese Frage zu prüfen haben. So lange das Institut der Einjährigen besteht, sollte man es auch den Lehrern zugänglich machen.

Abg. Bebel (Soz.): Gewiß hat Jeder ein Recht zum einjährigen Freiwilligen-Examen, der die Vorbildung dazu nachweist, aber diese Vorbildung ist nur durch materielle Mittel zu erreichen und insofern war ich berechtigt, von einem Privilegium zu sprechen. Ich nehme es den Lehrern gar nicht übel, daß sie ihrerseits versuchen, sich dieses Privilegium nutzbar zu machen, aber wir sind nicht dazu zu haben, eine bezügliche Aenderung der Gesetzgebung herbeizuführen. Aus den Mittheilungen des Kriegsministers geht zu meiner Freude klar hervor, daß Oppenheimer den Umgang mit mir vor dem Straßburger Universitätsgericht nicht abgelehnt hat. In dem ganzen Aktensitz ist nicht mit einem Wort von meiner Person die Rede, nur von Mitgliedern oder Führern der sozialdemokratischen Partei in Straßburg. Der Kriegsminister würde für seine Person nur vorbringen, was er weiß, meint er. Wir sind vielfach auf das angewiesen, was wir sehen und hören, wir können nicht alles auf eigener Kenntnisaufnahme vorbringen, es fragt sich nur, ob das Mitgetheilte uns richtig erscheint. Nur solches habe ich hier vorgebracht, sonst würde ich es überhaupt nicht vorgebracht haben. Bezüglich des Vaterunser haben die Herren Werner und Förster mich mißverstanden. Ich habe Bezug genommen auf den von hoher Stelle geäußerten Wunsch, jeder Soldat müsse sein Vaterunser beten können, und gesagt, wenn das zum Rekrutieren eines guten Soldaten gehöre, dann müßte man konsequenter Weise diejenigen, die es nicht beten, Juden, Atheisten oder Dissidenten vom Militär freilassen. Es ist mir gar nicht eingefallen das Vaterunser herabzusetzen. Sobald ich aber das Wort Christenthum oder Religion fallen lasse, verlieren die Herren da drüben die Besinnung. (Oh! rechts.) Ich habe gar nicht christlich-religiöse Einrichtungen lächerlich machen wollen. Wenn Herr v. Mantuffel das „Boll“ von sich und seiner Partei abschüttelt, so freut mich das, bisher habe ich das „Boll“ um so mehr zu den konservativen Organen rechnen müssen, als Herr Söder zu ihm in nächster Beziehung steht. Uebrigens würde ich eine Nothricht ähnlichen Inhalts nicht einen Tag unüberprüft durch die Presse gehen lassen. Herr v. Mantuffel verlangt für den Offizier besondere Eigenschaften. Eigenschaften und Fähigkeiten kommen schließlich auf dasselbe hinaus. Es steht jedenfalls fest, daß in vielen Kriegen — ich erinnere an die große französische Revolution, den nordamerikanischen Sklavenbefreiungskrieg und den Krieg Frankreichs mit Deutschland im Jahre 1870 — bedeutende Offiziere ohne die Qualitäten gekämpft haben, die heute von den Offizieren verlangt werden. So wird es wahrscheinlich auch in dem bevorstehenden Riesenkampf sein.

Das Kapitel „Kriegsministerium“ wird bewilligt, desgleichen ohne Debatte die Kapitel „Kassenwesen“, „Intendanturen“ im preussischen, sächsischen und württembergischen Etat.

Beim Kapitel „Militärgeistlichkeit“ regt

Abg. Schall (ol.) eine Vermehrung der Militärgeistlichkeit an; er bittet ferner um Befreiung der harten Bedingungen, daß die Feldgeistlichen bei ihrem Uebertritt in eine Pfarre sich den Zutritt zur Wittwenkasse durch Nachzahlung der gesammelten über 1000 M. betragenden Beiträge erkaufen müssen.

Generallieutenant von Spig: Bis jetzt sind Anträge der Kommandobehörden oder der Feldpredikate auf Vermehrung der Militärgeistlichkeit nicht abgelehnt worden. Die erwähnte Härte für die in ein Pflamt über tretenden Geistlichen besteht allerdings; ihre Abstellung auf dem Verwaltungsweg hat sich als unzureichend erwiesen. Doch haben die Geistlichen durch die Bildung einer Genossenschaft eine befriedigende Lösung angebahnt. Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Schall wird das Kapitel bewilligt und um 1/2 Uhr die Fortsetzung der Beratung auf Sonnabend 2 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom 2. März. Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Vosse und Kommissarien.

Die Beratung des Kultusbetriebs wird fortgesetzt und zwar beim Ministergehalt.

Abg. Träger (Fr. Sp.) kommt auf die Frage des Religionsunterrichtes der Dissidenten zurück, die gegen den Willen ihrer Eltern in einen konfessionellen Religionsunterricht hineingezwungen würden. Ein Urteil des Kammergerichts habe allerdings zu gunsten der Schulbehörden entschieden, aber das Landgericht in Halle hat in einer Berufungssache anders entschieden. Für alle diejenigen, denen es mit ihren religiösen Ueberzeugungen Ernst ist, enthält das Verfahren des Kultusministers einen tiefen Eingriff in die Gewissensfreiheit und widerspreche dem allgemeinen Landrecht, wonach Kinder, denen Religion in der öffentlichen Volksschule nicht gelehrt werde, zum Religionsunterricht nicht angehalten werden können. Daß die Religion zu den Gegenständen des öffentlichen Unterrichtes gehöre, mache dabei keinen Unterschied, denn es gebe keinen allgemeinen Begriff „Religion“. Die Gewissensfreiheit ist nicht erst durch die Verfassung eingeführt worden, sondern sie besteht schon im Allgemeinen Landrecht.

Kultusminister Dr. Vosse: Ich habe eine Aenderung meiner Auffassung des verfassungsmäßigen Standpunktes in dieser Frage von einer veränderten Tragweite des obersten Gerichts abhängig ge-

macht, das Kammergericht hat meinen Standpunkt vollkommen beiligt; ich kann deshalb nicht von meiner Auffassung abgehen, auch nicht das Urteil des Kammergerichts als eine juristische Ungeheuerlichkeit betrachten. Es handelt sich nicht um einen Eingriff in die Gewissensfreiheit des Vaters und des Kindes, sondern um einen Eingriff in die Erziehungsfreiheit, der gesetzlich gestattet ist. Ich verfähre sehr milde, ich verlange nicht einen konfessionellen Unterricht, sondern nur einen geordneten Unterricht; die Dispense sind bereitwillig erteilt worden, nur in dem einen Berliner Falle nicht, wo es sich nicht um einen Religionsunterricht handelte, sondern um einen sozialdemokratischen Vorbereitungunterricht. Ich befinde mich dabei vollständig auf dem Boden der Praxis meiner Vorgänger und trete Ihnen nicht etwa mit juristischem Eigensinn entgegen.

Abg. von Jedlich-Reutich (H.) stimmt dem Minister zu und wendet sich dann gegen die geistlichen Ausschüsse Bagem's. Die katholische Abtheilung des Kultusministeriums war eine Quelle des Kulturkampfes und deshalb ist es erfreulich, daß der Minister ihre Wiedereinführung abgelehnt hat. Das die Zahl der katholischen Referendare eine so geringe ist, liegt nicht an der Nichtberücksichtigung der Katholiken, sondern daran, daß aus katholischen Kreisen nicht Aspiranten genug hervorgehen. Die mechanische Vertheilung der Beamtenstellen nach Konfessionen wäre die größte Ungerechtigkeit. Redner widerspricht der Erziehung einer besonderen katholischen Universität, denn die Wissenschaft sei nicht konfessionell und eine katholische Wissenschaft sei keine Wissenschaft mehr. (Unruhe im Zentrum.) Daß Herr Kropatschek sich im Gegenjage zu seinem Verhalten in der Volksschul-Kommission jetzt zur sachmännischen Schulaufsicht an Stelle der geistlichen bekannnt hat, ist erfreulich. Daß die Frage des polnischen Sprachunterrichts nicht mit politischen Fragen in Verbindung stehen soll, sei erstens. Die Eltern werden ihre Kinder in den polnischen Religionsunterricht bringen wollen, damit sie an dem polnischen Sprachunterricht theilnehmen können und schließlich kommt man wieder zu dem früheren Zustande zurück. Die polnischen Bestrebungen werden dadurch geradezu auf neue belebt. Die Staatsregierung übernimmt damit eine schwere Verantwortung. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen. Zischen bei den Polen.)

Kultusminister Vosse: Die Regierung ist sich der schweren Verantwortung wohl bewußt; die Wege, die eingeschlagen werden, werden auch dem Vordredner zeigen, daß ein Schade nicht entsteht. In deutschen Gemeinden besteht kein polnischer Religionsunterricht, deshalb kann auch kein polnischer Sprachunterricht eingeführt werden. Gerade die von mir befragten Deutschen haben sich mit diesen Maßregeln einverstanden erklärt. Daß das Deutschlernen beeinträchtigt wird, ist nicht richtig. Denn die Kinder müssen erst einige Jahre deutsch unterrichtet worden sein, ehe sie am polnischen Unterricht theilnehmen können. Den polnischen Unterricht ganz zu verbieten, ging nicht an, so lange man nicht auch den polnischen Religionsunterricht beseitigen wollte, so dessen Verständnis der polnische Sprachunterricht notwendig ist.

Abg. Ricker (Fr. Sp.) fährt aus, daß der Minister bei früherer Gelegenheit schon eine Maßregel, wie die jetzt in Aussicht genommene, angedeutet habe; auch Graf Jedlich habe ähnliche Maßnahmen beabsichtigt, aber damals haben die Konservativen keinen Widerspruch erhoben. Der Staat kann mit seinen Machtmitteln das Deutschlernen nicht haben, die Deutschen selbst müssen stark genug sein zur Abwehr des Polenthums. In Bezug auf den Religionsunterricht der Dissidentenkinder ist Redner mit dem Minister nicht einverstanden. Man habe leider dem Minister gegenüber keine Machtmittel; die Frage muß im Schulgesetz erledigt werden und wird hoffentlich in dem Sinne erledigt, wie sie vom Minister v. Müller gehandhabt wurde. Unzufrieden sei die Bevorzugung der Geistlichen im Schuldienst; sie werden nicht nur von den Prüfungen, sondern auch von dem praktischen Vorbildungsdienst entbunden, sobald sie zum Schanden der Lehrer in die höheren Stellen und in den Aufsichtsdienst hineinkommen. Uebrigens müßten für den Aufsichtsdienst durch Fachmänner leicht die nöthigen Personen gefunden werden. Man sollte im Interesse der Gesundheit der Kinder nicht vor dem sechsten Jahre mit dem Unterricht beginnen.

Minister Vosse: Ich will diese Frage gern erwägen. Ich kann ein allgemeines Schulgesetz jetzt nicht vorlegen; ich möchte aber, da es doch endlich einmal dazu kommen muß, den Weg dafür gut pflastern in Bezug auf die Einzelfragen; so z. B. in Bezug auf die Dotation. Bezüglich der Befreiung der Referendare durch Theologen habe ich keinen Dispens neu eingeführt; er bestand schon früher.

Abg. v. Chuerst (nl.): Die meisten vorgebrachten Dinge kann der Kultusminister gar nicht allein regeln; das Zentrum sollte entsprechende Anträge einbringen, so z. B. bezüglich der Kirchhoffrage, bezüglich des Altstifts-Gesetzes etc. Die Frage der Alterszulagen für die Geistlichen evangelischer und katholischer Konfession hängt mit dem Gehalt der letzteren zusammen, das wir nicht aus der Welt schaffen können. Die Bewilligung für den Berliner Dom hängt mit der Kirchennoth nicht zusammen, deshalb liegt kein Anlaß vor, katholische Kirchen in Berlin zu bauen. Ebenso steht es mit der katholischen Universität. Die Polen verlangen ja vielleicht, nachdem sie einen polnischen Erzbischof haben, auch eine polnische Universität. Gegen solche Forderungen würde sich ein lebhafter Sturm als gegen das Schulgesetz erheben; denn der Staat würde damit selbst als Kulturträger sich abgeben. Katholische Medizin könnte man noch allenfalls passiren lassen; denn nach den großen Erfolgen der Kneip'schen Kur und des Lieber'schen Thees könnten ja schon zwei Lehrstühle würdig besetzt werden. (Große Heiterkeit.)

Abg. Neubauer (Pol) verlangt für Westpreußen dieselben Maßregeln, die der Minister für Posen in Aussicht genommen habe.

Minister Vosse kann für Westpreußen bei der anderen Lage der dortigen Verhältnisse eine ähnliche Maßnahme nicht in Aussicht stellen.

Abg. Söder (L): Abgesehen von dem Verständnis des Religionsunterrichtes soll die Schule die Kinder zum Gebrauche der deutschen Sprache anhalten. Denn Kinder können schließlich nur in einer Sprache unterrichtet werden. (Zuruf: In der Muttersprache!) Die Kinder sind Preußen, müssen also Deutsch lernen. Wenn sie Polnisch lernen sollen, muß das dem Privatunterricht überlassen werden. Zu einem bloßen Schul-Dotationsgesetz können wir uns nicht entschließen. Wir verlangen ein ganzes Schulgesetz, um den unthätigen Leuten entgegenzutreten. Die Lage ist niemals so günstig gewesen wie jetzt. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Auf anderen Grundlagen als der Jedlich'sche Entwurf kann ein Schulgesetz nicht aufgebaut werden. Der Sturm, der sich dagegen erhoben hat, war gemacht. Daß auch Volksschullehrer zu Kreis- und Schulinspektoren berufen worden, ist zu billigen, aber die Geistlichen sind nicht ohne weiteres als ungeeignet zu betrachten, denn sie haben oft genug im Schuldienst gestanden. Redner dankt dem Minister für die Berücksichtigung der Wünsche der Generalynode und bittet um die Ausdehnung der Predigerseminare, damit die Geistlichen mit guter praktischer Vorbildung ins Amt kommen.

Minister Vosse dankt dem Vordredner für die in Aussicht gestellte Unterstützung des Schulgesetzes; er werde dabei die Unterstützung nehmen, wo er sie finde; jetzt könne er aber ein Schulgesetz nicht vorlegen. Ein Systemwechsel der Regierung liege nicht vor, sondern gerade ein consequentes Vordrängeschreiten, das nur durch den polnischen Privatunterricht unterbrochen war.

Abg. Porsch (Z.): Auf dem Schlachtfelde, auf dem der Jedlich'sche Schulgesetzentwurf lag, lag mehr als ein Minister; das Gesetz enthält nicht alles, was wir wünschen, aber vieles Gute. Wenn es dem Minister gelingen sollte, ein Gesetz wieder vorzulegen, wird er die Unterstützung nicht, wo er sie findet, sondern daher nehmen müssen, wo der Jedlich'sche Entwurf sie gefunden hat. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Ein

Schuldottationsgesetz halten wir nicht für möglich, man spricht von einer Schullehrerbefolgungsgesetz. Wir werden es einer wohlwollenden Prüfung unterziehen, da für die Lehrer etwas geschehen muß. Die Kinder sollen in erster Linie christlich unterrichtet werden, also zunächst in der Muttersprache; dann folgt erst der Unterricht in der deutschen Sprache. (Zustimmung im Zentrum.) Redner bespricht dann die Handhabung des Ordnungsgesetzes, besonders auch für die Seelsorge der Sachverständigen seien Ordensleute zweckmäßig zu verwenden. Daß die Thätigkeit derselben Anlaß zu konfessioneller Zwietracht gegeben, sei nicht bekannt geworden. Das Wohlwollen des Ministers muß anerkannt werden, er hat nur das Gesetz angewandt, aber solche Gesetze sind doch nicht für die Ewigkeit; man sollte sie den veränderten Verhältnissen entsprechend umändern. Jesuiten hat man das Verbot von sozialpolitischen Vorträgen verboten, während man sozialdemokratische Agitatoren unbehindert ließ. (Hört! im Zentrum.) Da kritisiert der innere Mensch, wenn man so etwas hört, und das macht sich nachher bemerkbar. Die Wiedererrichtung einer katholischen Abtheilung würde durchaus zu einer Desorganisation des Ministeriums nicht führen. Die schlechte Aussicht auf Avancement hält viele Katholiken vom dem Betreten der Beamtenlaufbahn ab.

Um 4 1/2 Uhr wird die weitere Beratung auf Sonntag den 11 Uhr vertagt.

Kommunales.

Im Glatz-Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung, der gestern seine erste Sitzung abhielt, brachte der Stadtverordnete Singer beim Glatz der städtischen Krankenhäuser zur Sprache, daß der Magistrat Leuten, die in einem städtischen Krankenhause verpflegt wurden und sich zur rationellen Erstattung der Kosten verpflichtet hatten, dennoch das Wahlrecht entzieht, wenn sie nur nicht pünktlich die Zahlungstermine innehalten und ländigte einen Antrag bei Vergehens der Verwaltung des Armenrats an, nachdem diese Angelegenheit generell geregelt werden soll. Ferner theilte der Magistrat mit, daß die Verwaltung der städtischen Krankenhäuser, veranlaßt durch die fortwährenden Klagen, die Margarine wenigstens nicht mehr für das Bestreichen des Brotes zu benutzen, und hat nunmehr wieder die aus Sparmaßregeln resultierenden so lange verpönte Butter anzuwenden wird. Beim Glatz der Park- und Gartenverwaltung rügte Singer die niedrigen Durchschnittslöhne der bei derselben beschäftigten städtischen Arbeiter, die nach dem Glatz auf 2,75 M. festgesetzt sind. Auf eine diesbezügliche Anfrage theilte der Magistrat außerdem noch mit, daß in diesem Durchschnitt noch die Löhne der Vorarbeiter, die 3,50 M. betragen, inbegriffen sind, während die niedrigsten Löhne nur 2,25 M. betragen. Singer bezeichnete diese Löhne als bei weitem nicht ausreichend für den notwendigen Lebensunterhalt und beantragte demgemäß den Lohnsatz auf 2,75 M. bis 3,50 M. zu erhöhen. Der Antrag wurde gegen die zwei Stimmen der Sozialdemokraten vom Ausschuss abgelehnt.

Lokales.

Am die Mitglieder des Wahlvereins des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises. Die Verbreitung des vom Wahlverein beschlossenen Flugblattes soll Sonntag, 4. März, 8 Uhr Vormittags, erfolgen. Noch einmal ergeht an Euch die dringende Mahnung, Euch recht zahlreich an der Verbreitung zu beteiligen. Die Flugblätter sind in folgenden Lokalen in Empfang zu nehmen:

Süd-Osten:

- Tollsdorf, Brühlstr. 88.
 - Zittelwih, Falkensteinstr. 14.
 - Spindler, Reichensbergerstr. 118.
 - Schayer, Reichensbergerstr. 84.
 - Frisch Rubell, Rumpffstr. 80.
 - Hedr, Rumpffstr. 78.
 - Soffmann, Drangstr. 32.
- Osten:
- W. Eck, Restaurateur, Friedrichsbergerstr. 11.
 - J. Henke, Restaurateur, Blumenstr. 38.
 - O. Habel, Restaurateur, Frankfurter Allee 90.
 - A. Sahl, Restaurateur, Mühlendammstr. 8.
 - W. Tempel, Restaurateur, Langestr. 85.
 - Krause, Restaurateur, Landberger Allee 152.
 - W. Rippe, Restaurateur, Grüner Weg 14.
 - Peller, Restaurateur, Breslauerstr. 27.
 - D. Maditz, Restaurateur, Krautstr. 48.
 - Lang, Restaurateur, Elisabeth- u. Wollmannstr. 68.
 - F. Wille, Restaurateur, Andreasstr. 26.

Die Gemeindeverordnungs-Wahlen finden in den Landgemeinden der Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Polen, Schlesien und Sachsen im Laufe des März statt. Wir heßen nachstehend die hauptsächlichsten Bestimmungen der für diese Wahlen inbetracht kommenden Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 zusammen.

Angehörige der Landgemeinden sind mit Ausnahme der nicht arbeitsfähigen serbischberechtigten Militärpersonen des aktiven Dienstalters diejenigen, welche innerhalb des Gemeindebezirks einen Wohnsitz haben. Einen Wohnsitz hat jemand an dem Ort, an welchem er eine Wohnung unter Umständen inne hat, die auf die Absicht dauernder Verbleibung einer solchen schließen lassen. Gemeindeglieder sind alle Gemeindeangehörigen, welchen das Gemeindericht zusteht. Das Gemeindericht umfaßt das Recht zur Theilnahme an dem Stimmrecht der Gemeindeversammlung, oder wo die letztere durch eine gewählte Gemeindevertretung ersetzt ist, d. h. bei Gemeinden über 40 Wahlberechtigten, zur Theilnahme an den Gemeindevahlen sowie das Recht zur Verrichtung unbeförderter Aemter in der Verwaltung und Vertretung der Gemeinde.

Das Gemeindericht steht jedem selbständigen Gemeindeangehörigen zu, welcher 1. Deutscher, 2. im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, 3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat, 4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, 5. die auf ihn entfallenden Gemeindesteuern bezahlt hat und ferner 6. entweder a) ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirk besitzt oder b) von seinem gesamten innerhalb des Gemeindebezirks belegenen Grundbesitz einen Jahresbetrag von mindestens 3 M. an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet oder c) zur Staats-Einkommensteuer verpflichtet ist oder zu den Gemeinde-Abgaben nach einem Jahres Einkommen von mehr als 600 M. veranlagt ist. Als selbständig wird nach vollendetem 24. Lebensjahre ein Jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat, sofern ihm nicht das Verfügungsrecht über die Verwaltung seines Vermögens durch richterlichen Beschluß entzogen ist. Die §§ 45-48 der Landgemeinde-Ordnung treffen die Bestimmungen über Außen des Gemeinderichts, über das Stimmrecht nicht angeführter Grundstücksbesitzer, juristischer Personen u. s. w., über die Ausübung des Stimmrechts durch Vertreter u. s. w. (Die Wiedergabe dieser Bestimmungen verbietet der Raum.) Die Gemeindevahl findet in 3 Klassen statt, die nach Maßgabe der Steuererschätzung gebildet sind.

Mindestens 1/3 der Mitglieder der Gemeindevertretung müssen Grundstücksbesitzer sein. Die Gemeinde-Verordneten werden auf 6 Jahre gewählt. Alle 2 Jahre scheidet aus jeder Klasse 1/3 der Gemeindeverordneten aus und wird die Gemeindevertretung durch neue Wahlen ergänzt. Für die Wahlberechtigung ist die vom 15.-30. Januar angelegte Wählerliste maßgebend; nur wer in dieser aufgenommen ist, ist wahlberechtigt. Auf das Ausliegen der Listen hatten wir feinerzeit hingewiesen. Die Wahl ist eine öffentliche und mündliche.

Jeder Wähler muß dem Wahlvorstand mündlich zu Protokoll erklären, wenn er seine Stimmen geben will. Er hat so viele Personen zu bezeichnen als zu wählen sind. Gewählt sind diejenigen, welche bei der ersten Abstimmung die meisten Stimmen und zugleich mehr als die Hälfte der Stimmen erhalten haben.

Hat sich bei der ersten Abstimmung eine unbedingte Stimmenmehrheit nicht ergeben, so werden von denjenigen Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, so viele auf eine engere Wahl gebracht, daß die doppelte Anzahl der noch zu wählenden Mitglieder erreicht wird. Bei der zweiten Wahl ist die unbedingte Stimmenmehrheit nicht erforderlich. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Eine polizeiliche Hausdurchsuchung wurde am Freitag Morgen in der Wohnung des Vertrauensmannes für den vierten Wahlkreis, Franz Schulte, Oppelnerstr. 3, vorgenommen. Der Werth des Besuchs galt, wie die Beamten dem Vertrauensmann mittheilten, dem bekannten „Londoner“ Sozialdemokratischen Liederbuch, das Resultat war Null, wenn man nicht das eine von den Beamten beschlagnahmte Exemplar des begehrten Buches, welches der Vertrauensmann in seinem Privatbesitz hatte, in Betracht zieht.

Asphalt. Nicht interessante, sachtechnische Untersuchungen der Berliner Straßenoberfläche haben den Magistrat von Charlottenburg veranlaßt, das alte Steinpflaster der Berliner Straße demnächst entfernen und durch Asphalt ersetzen zu lassen. Berlin hat zur Zeit über 1 1/2 Millionen Quadratmeter Asphaltpflaster, das älteste davon ist 1874 in der Markgrafenstraße gelegt worden und hat jetzt noch, wie durch eine Kommission vor dem Hause Markgrafenstr. 47 eingehend konstatiert wurde, eine Stärke von über 4 Zentimeter. Besonders bemerkenswert ist, daß dasselbe während der 20jährigen Benutzung niemals eine Straßensperre durchs Vornahme von Reparaturen erfordert hat. Man hat festgestellt, daß bei Steinpflaster 1. Klasse nach längstens 12 Jahren eine Umlegung notwendig ist, wenn es annähernd einer Asphaltbahn an Güte gleichkommen soll; daher hat wohl auch der Berliner Magistrat für das Rechnungsjahr 1894/95 an Umplasterungen 1/3 in Asphalt und nur 1/3 in Steinpflaster vorgesehen.

Die Gewissenhaftigkeit der Armenvorsitzer tritt besonders tragisch in folgendem Fall zu Tage. Ein Arbeiter im Süden der Stadt, der seit Dezember ohne Beschäftigung ist, ging am 25. Januar zum Armenvorsitzer seines Bezirks, um sich bei demselben eine Unterstützung auszuwirken, die er in besseren Zeiten wieder zurückzahlen sich verpflichtete. Der Vorsitzer gab dem Bedrängten den Bescheid, am 10. Februar wiederzukommen. An diesem Tage wurde ihm eine Unterstützung in Aussicht gestellt und vorgestern, am 1. März, erhielt er dieselbe im Betrage von sechs Mark bar ausgezahlt. Mitbin hat der Mann mit seiner darbenben Familie nicht ganz sechs Wochen auf die sechs Mark zu warten gehabt.

Eine revolutionäre Strömung in höheren Schichten. Eine rothe Fahne, die an einem patriotischen Festtage der letzten Zeit auf dem Schloß des Prinzen Heinrich in Falkenhäide bei Potsdam gereicht wurde, hat bei den patentierten Staatslügen ein nur zu gerechtfertigtes Aufsehen erregt. Zum Glück stellte sich heraus, daß es keine vernünftige Proletarier waren, welche die Fahne auf dem Schloß aufgehängt hatten, sondern daß der Sturmwind sich eine gegen die Etikette verstoßende Handlung erlaubt hatte. Er hatte nämlich die beiden gebärdigen Streifen funktionsgerecht von der deutschen Tricolore abgetrennt und nur das feurige Roth lustig weiter wehen lassen, bis der Verwalter das schlimme Unheil merkte und die Fahne des revolutionären Proletariats schleunigst entfernte.

In der Doppelblutthat in Groß-Lichterfelde meldet uns ein Berichterstatter, daß der Gärtner und Kutser Rudolf Helbig, nachdem er die That zugestanden hatte, auch das Messer aus dem Beside in die Hände der Polizei geliefert hat. Es ist ein neues Gärtnermesser mit krummer Klinge. Mit den scharfen und gefährlichen Waffe konnten naturgemäß die tödlichen Verletzungen mit Leichtigkeit beigebracht werden. Die Wulstspuren, die Helbig an Hals und Weste trug, rühren von seiner eigenen Kopfwunde her, die ihm nach seiner Aussage durch beigebracht hat. Die Angaben Helbigs decken sich mit dem Befunde der Behörde. Danach ist er der zuerst Angegriffene gewesen. — Der traurige Vorgang hat übrigens die öffentliche Aufmerksamkeit auch noch auf das Maß von Menschenliebe, das in Lichterfelde geübt wird, aufmerksam gemacht. Gleich nachdem die an der Blutthat beteiligten Personen und noch andere Gäste des Schanzenwirths Ruhe das Lokal verlassen hatten, sind laute Hülferufe sowohl von dem Wirth, der mit einem Hausdiener vor der Thür stand, als auch von anderen Personen gehört worden. In selbst die Militärwache der Schützenkaserne hat die Misse vernommen. Trotzdem hat sich niemand veranlaßt gefühlt, über die Ursache des Hülferufes Erkundigungen einzuziehen, ja der Polizei ist nicht einmal gleich Nachricht zugegangen. Zur Untersuchung konnte daher erst geschritten werden, nachdem die beiden Verletzten am nächsten Morgen etwa gegen 7 Uhr todt aufgefunden waren. Damit eben haben alle Personen, zu denen die Misse gedungen sind, eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätten die beiden Verwundeten durch ein rechtzeitiges ärztliches Eingreifen vor dem Verblutungsstode gerettet werden können. Die Entschuldigung, die namentlich der Wirth anführt, daß eine unbedingte Hülferufe geherrscht habe, dürfte als Einwand nicht gelten können. Uebrigens hätte auch die Militärwache eine Patrouille entsenden können, da sich der blutige Vorgang nur in ganz geringer Entfernung von der Kaserne abspielte. — Helbig ist dem Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Ein Denunziant. Der öffentlichen Beachtung sei der bei der Firma Eduard Lehmann, Anflamerstr. 54-55, beschäftigte Buchhalter Otto Heidenheim preisgegeben, der sich unter ganz besonders bezeichnenden Umständen einer Majestätsbeleidigungsdenunziation schuldig gemacht hat. Der Heidenheim war an einem Tage Anfang November vorigen Jahres mit dem in demselben Geschäft thätigen Wirth Gustav Stöck über die Kaiser Wilhelmbrücke gefahren und hat letzteren jetzt, nachdem bereits über vier Monat verfloßen, wegen einer Majestätsbeleidigung denunziert, die Stöck bei dieser Fahrt in Bezug auf die auf dem Schloß wehende Standarte begangen haben soll. Stöck läßt den Fall so auf, daß der Heidenheim, der ihm feindlich gesinnt sei, ihm die Schuld an seiner bevorstehenden Entlassung aus dem Geschäft beimeße. Aus Rache habe der Buchhalter dann die gänzlich unbegründete Denunziation begangen. Der Denunziant ist etwa 30 Jahre alt, von kleiner Statur, podernarbig und trägt einen kleinen Schnurrbart.

Auf der Polizeiwache gestorben. Am Donnerstag um 4 1/2 Uhr wurde im Bereiche des 78. Polizeiviertels der 45 Jahre alte obdachlose Arbeiter Josef Gottwald wegen Bettelns abgeholt und nach der Wache gebracht. Raum war er dort angekommen, als er todt zusammenbrach. Der Todte wies keine äußeren Beschädigungen auf, auch soll der Mann nicht vor Hunger todt umgefallen sein; vielmehr konstatierte ein Arzt als Todesursache Schlaganfall.

Ein griffelkranker Arzt soll in Berlin praktizieren. In der letzten Sitzung des Geschäftsausschusses der Berliner ärztlichen Landesvereine wurde nach der Deutschen med. Wochenschrift auf eine empfindliche Pöke im Verzeirechte hingewiesen. Es kam dort die Thatsache zur Sprache, daß ein unzweifelhaft griffelkranker Arzt die ärztliche Thätigkeit ausübt. Er ist dazu in der Lage, da er sich, weil nicht gemeingefährlich im üblichen Sinne, auf freiem Fuße befindet.

Gewarnt sei vor einem Schwindler, der mit einem Buch „Das Menschenjenseit“ hausiren geht und dasselbe namentlich

Frauen in Abwesenheit ihrer Männer unter dem Vorwande aufschwagt, es sei vom Hausherrn bestellt worden. Das Buch ist eines der üblichen auf die Sinnlichkeit spezialisirenden Schundwerke.

In Welken sind neuerdings wegen der dort herrschenden Diphtheritis sämtliche Schulen geschlossen worden. Da in Welken Mangel an Pflegerinnen herrscht, sollen am Donnerstag solche von Berlin dahin abgereist sein.

Im Ehescheidungs-Prozess des Dr. Prager gegen seine inzwischen begnadigte Frau hat die erste Instanz lediglich auf die erfolgte Verurtheilung wegen eines ehrenrührigen Verbrechens hin die Scheidung ausgesprochen. Frau Dr. Prager hat, wie jetzt berichtet wird, gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt.

Verhaftet wurde am Donnerstag ein 15jähriger Bursche, der beschuldigt ist, dem Kaufmann Müller, Gubenerstr. 12, bei dem er beschäftigt war, 15 Pfund Butter und verschiedene Büchsen Konserven gestohlen zu haben.

Die Affäre mit dem betrunkenen Gendarm in Notowied, die dort vor einigen Tagen bedeutendes Aufsehen erregte, wurde auch in der letzten dortigen Gemeindevertreter-Sitzung zur Sprache gebracht. Der Gemeindevertreter Stirk fragte an, ob jedermann verpflichtet sei, einem Gendarm auf dessen Wunsch Beistand zu leisten und sich im Weigerungsfalle einer Befragung auszuweihen, sowie ferner, wer dafür aufzukommen habe, wenn ein Bürger bei solchen Hilfeleistungen verwundet oder gar getödtet würde. Der Amtsvorsteher Müde versprach, nähere Erklärungen darüber einzuziehen zu wollen. Des weiteren fragte Herr Damm an, ob es wahr sei, daß der Gendarm Preuze an jenem Abend den Herrn Amtsvorsteher nicht respektiert habe. Herr Müde erklärte, weder Herr Preuze, noch ein anderer Gendarm habe derartige Aeußerungen gethan, doch möchte er die Erwartung aussprechen, daß darüber nichts veröffentlicht werde; als ein anwesender Berichterstatter dieses Ansinnen im öffentlichen Interesse ablehnte, wurde die Debatte über diesen Gegenstand bezeichnender Weise in nicht öffentlicher Sitzung fortgesetzt.

Der „Verein gegen Verarmung“ zählte Ende 1893 10 216 Mitglieder, 370 weniger als Ende 1892. Dem Rückgang der Mitgliederzahl entspricht ein Rückgang der Beiträge von 78 818 Mark in 1892 auf 76 832 Mark in 1893. Dagegen sind die Geschenke von 5337 Mark auf 7043 Mark gestiegen, wozu 1893 noch ein Legat von 40 000 Mark kam. Gefallen ist die Zahl der Unterstühten von 4607 auf 4441, die Summe der Unterstühtungen von 22 889 auf 88 334 Mark. Das Vermögen ist von 150 094 auf 189 740 Mark gestiegen. Die in den meisten dieser Zahlen erkennbare Rückwärtsbewegung, die in der am Montag abgehaltenen 24. Jahresversammlung vom Vorsitzenden besonders hervorgehoben wurde, datirt nicht erst seit 1893. Der Mitglieder-Schwund begann bereits nach 1885. Ende 1885 hatte der Verein sein Maximum mit 12 347 Mitgliedern erreicht, so daß er sich in den folgenden 8 Jahren um 2131 Mitglieder vermindert hat. Der Rückgang der Zahl der Unterstühten begann nach 1889, in welchem Jahre noch 4739 Personen, also rund 300 mehr als in 1893, unterstüht wurden. Das Bedürfnis, den Verein in Anspruch zu nehmen, dürfte dagegen seit 1886 nicht ab, sondern zugenommen haben, wenigstens ist das bei den meisten anderen „Wohltätigkeits“-Vereinen erweislich der Fall gewesen. Das Vereinsvermögen ist seit 1889, also seit dem Jahre, nach welchem man, wie gesagt, anfang, die Zahl der Unterstühten herabzumindern, von 193 189 auf 189 740 M., also um mehr als 50 000 Mark gestiegen, in dem Jahrzehnt 1883-93 sogar von 79 310 auf 189 740, also um mehr als 110 000 Mark. Das ist ein Beweis, daß man im Verein gegen Verarmung gut zu wirtschaften versteht. Der Niedergang des Vereins hat zwar zu einer Minderung der Zahl der Unterstühten geführt, aber dem Wachsthum des Vereinsvermögens hat es nicht geschadet. Zum guten Wirtschaften gehört beim Verein gegen Verarmung auch die Befolgung des Grundsatzes, möglichst wenig zu unterstühten. Wieviel in den letzten Jahren abgelesen worden sind, wissen wir nicht. Derartige Zahlen werden von den „Wohltätigkeits“-Vereinen ebenso, wie von der Armen-Direktion des Magistrats nicht gern veröffentlicht, obwohl nur bei Summirung der Zahl der Unterstühten und der Abgewiesenen der Umfang des vorhandenen Nothstandes einigermaßen zutreffend beurtheilt werden könnte. Im „Verein gegen Verarmung“ betrug 1890 (oder 1891?) die Zahl der Unterstühtenden (oder der Unterstühtungsgesuche?), soweit wir uns erinnern, rund 12 000, während die Zahl der Unterstühten sich nur auf rund 4700 belief. In dem großen Unterschied in diesen beiden Zahlen bemerkte der Vorsitzende in der damaligen Jahresversammlung, daß die Zurückweisung von Gesuchen ebenfalls zu den Aufgaben des Vereins gehöre. Der Verein liefert seinen Mitgliedern bekanntlich auch ein Schild mit der Aufschrift „Gegen Vetteile!“, das an die Hülfricht genagelt wird und die Bettler umgehört ebenso abschreckt, wie etwa ein Namensschild mit dem Zusatz „Schammann“. Gegen einen mäßigen Jahresbeitrag erhalten die Mitglieder also einen höchst wirksamen Schutz gegen die „Vetteile“. Daraus erklärt sich vielleicht auch die immer noch außerordentlich hohe Mitgliederzahl. Dieser Verein hat überhaupt die höchste Mitgliederzahl unter allen „Wohltätigkeits“-Vereinen. Die alterweilen haben weniger als 1000 und viele haben sogar noch keine 100 Mitglieder. Ob der neuerliche Rückgang des Vereins gegen Verarmung wirklich nur, wie der Vorsitzende in der Jahresversammlung bemerkte, auf die „großer werdende Zerplitterung der Wohltätigkeit“ zurückzuführen ist, vermögen wir nicht zu entscheiden.

Eine Erweiterung des Stadtbahnverkehrs soll, wie gemeldet wird, zum April eintreten. Von diesem Zeitpunkt ab, also vom Beginn des Sommerfahrplans an, werden die Vorortzüge von und nach Gubener über die Stadtbahn geleitet, und diese Züge werden dann auf jeder Stadtbahnstation halten.

Ein Berichterstatter kündigt ferner eine Ermäßigung der Zeitkartenpreise für den gesammten Vorortverkehr an und berichtet weiter, daß auf der gesammten Ringbahnstrecke mit Beginn des Sommerfahrplans der Viertelstunderverkehr eingerichtet werde.

Von einem Zweirad überfahren wurde am 20. Februar, Abends gegen 7 Uhr am Arkonaplatz die schon bejahrte Frau Seichter, Schwedterstr. 34, Hof 3 Treppen. Die Verletzte möchte die Zeugen dieses Vorfalles zur Stelle haben und bittet dieselben, sich bei ihr zu melden.

Aus Furcht vor Strafe hat sich das Dienstmädchen des Restaurateurs S. Herrmann in der Elisabethstr. 30 das Leben zu nehmen versucht. Es war entdet worden, daß das Mädchen bei der vorigen Herrschaft einen Diebstahl begangen hatte, und da die Arme fürchtete, vor den Strafrichter zu kommen, so machte sie erst einen Vergiftungsversuch und, als derselbe mißlungen war, einen solchen, sich zu erhängen. Sie wurde hierbei rechtzeitig bemerkt und heute früh 8 1/2 Uhr nach dem Krankenhause befördert. Die großen Diebe haben es bekanntlich nicht so eilig mit dem Umbringen.

Polizeibericht. Am 1. d. M. Morgens versuchte ein Dienstmädchen, im Garten des Hauses Elisabethstr. 30 sich zu erhängen, nachdem es vorher Gift genommen hatte. Es wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. — In der Waschenfabrik von Hoppe, Gartenstr. 9-12, gerieth Vormittags ein Schloffer, als er einen Treibriemen an eine Welle legen wollte, in das Getriebe und wurde auf der Stelle getödtet. — In seiner Wohnung in der Dennewitzstraße, versuchte ein Mann sich mittels eines Rasirmessers die Pulsadern an beiden Händen zu öffnen. Nach Anlegung eines Verbandes wurde er nach dem Elisabeth-Krankenhause gebracht. — Von der Kurfürstendamm sprang ein

obdachloser Arbeiter in der Trunkenheit in die Spree. Er wurde jedoch mittels Rettungsballes, anscheinend ohne Schaden genommen zu haben, aus dem Wasser gezogen und nach der Charité gebracht. — Im Laufe des Tages fanden drei kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Im Prozeß Paasch und Genossen erkannte der Gerichtshof am Freitag dahin, daß die Angeklagten Nadeln, Nähnadeln, und Dr. Wesendonk der Beleidigung nicht schuldig und deshalb freigesprochen seien. Dagegen sei der Angeklagte Minde der Beleidigung in zwei Fällen und des Preßvergehens für schuldig befunden und deshalb zu zwei Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Der Gerichtshof hatte angenommen, daß Minde vor Herausgabe der beiden Broschüren „Offener Brief“ und „Auf deutsche Wähler zum Kampf!“ von dem Inhalte derselben Kenntnis gehabt hatte und daher auch den beleidigenden Charakter kannte. In Betreff des Angeklagten Dr. Wesendonk sei der Gerichtshof zu der Ansicht gekommen, daß er an den Beleidigungen keinen Antheil gehabt. Er habe nur irrtümliche Beleidigungen befreit und keine neuen hinzugefügt. In der Verbreitung des Buches „Eine jüdisch-deutsche Gesandtschaft“ müsse das Preßvergehen gesunden werden.

Sämtliche beanstandete Broschüren seien mit den dazu gehörigen Platten und Formen zu vernichten und den beleidigten Personen die Publikationsbefugnis im „Reichs-Anzeiger“ und der „Staatsbürger-Zeitung“ anzusprechen.

Ein Volksgesetz vor Berufsrichtern. Vor dem Landgericht München II wurden in den letzten Tagen einige Haberer abgeurteilt, welche das Unglück betroffen hatte, bei dem Habersfeldtreiben im letzten Herbst abgefaßt zu werden. Gegen alle diese Unglücklichen wurde auf verhältnismäßig hohe Strafen erkannt; der Tagelöhner Thomas Mayrhofer erhielt am 27. Februar nicht weniger als 1 1/2 Jahre Gefängnis. Bemerkenswerth ist, daß gegenüber der Annehmung des Staatsanwalts, es müsse gegen die Haberer v a r b a r i s c h (!) vorgegangen werden, der Rechtsanwalt Bernstein als Verteidiger entgegnete, die Gerichte hätten nicht barbarische, sondern gerechte Strafen auszusprechen. Der berühmte Strafrechtswissenschaftler Berner habe die alte Abschreckungstheorie als roh und falsch bezeichnet, da sie den Menschen nicht strafe, weil er etwas gethan, sondern damit Andere es unterlassen. Die Verteidigung beabsichtigt, gegen das Urtheil Revision beim Reichsgericht einzulegen. — Auch Tags vorher hatte in einer ähnlichen Strafsache (vermutliche Betheiligung des 31jährigen Dienstknechts Hilarius Limberger an dem Habersfeldtreiben bei Aßling, Gericht Ebersberg, in der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober) der Staatsanwalt die Forderung gestellt, es müsse gegen diesen „Terrorismus“ rücksichtslos vorgegangen werden. Diese Verhandlung endete mit Vertagung und Aufhebung des Hofbefehls.

Selbstredend werden die Haberer bei nächster Gelegenheit zeigen, daß die von dem Landgericht geübte Abschreckungsmethode nichts nützt. Die strengen Beurtheilungen werden den uralten Volksgebrauch nicht ausrotten, sondern nur Erbitterung erzeugen.

Herr Landgerichtsdirektor Alexander Schmidt vom Landgericht I in Berlin, so schreibt die „Berl. Ztg.“, hat seine Entlassung nachgesucht und gedenkt zum 1. April in den Ruhestand zu treten. Herr Schmidt zählte seit einer Reihe von Jahren zu den bekanntesten Strafkammer-Vorsitzenden Berlins. In der Art, wie er die Verhandlungen leitete, erinnerte er etwas an den früheren Landgerichtsdirektor Sätz, nur unterschied ihn von diesem sehr vortheilhaft eine sich stets gleich bleibende Objektivität. Am Ende des vorigen Jahres erregte der unter seinem Vorsth gefällte Freispruch in dem Majestätsbeleidigungsprozeß gegen den Schriftsteller Harden wegen seiner freimüthigen Begründung das größte Aufsehen. Bei der Vertheilung der Geschäfte für das laufende Jahr wurde Herr Schmidt durch Beschluß des Präsidiums an eine Zivilkammer versetzt. Diese Maßregel dürfte für ihn der Anlaß gewesen sein, seine Entlassung einzureichen.

In einer Dezembernacht wurde der Kutscher Wilh. Schuster von einem Wächter in der Bahmannstraße betroffen als er einen leeren Schaufasten auf dem Rücken trug. Schuster erklärte auf Befragen, daß er den Kasten in einer Thürschloßgefundene habe und im Begriffe stehe, denselben zum Polizeibureau zu tragen. Der Wächter hielt dies für die bekannte Ausrede vieler Diebe, ebenso die Polizei und ebenso der Staatsanwalt, der im gestrigen Termine vor dem Schöffengericht

eine Gefängnisstrafe von einer Woche gegen Schuster beantragte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Leopold Meyer, sah nicht ein, warum man dem unbescholtenen Angeklagten nicht Glauben schenken solle. Wenn beispielsweise ein Student mit dem Schaufasten auf der Straße betroffen wäre, würde man seiner Behauptung, daß er sich nur einen Scherz habe leisten wollen, doch wohl Glauben zumessen. Ein Gegenbeweis sei dem Angeklagten doch nicht gebracht. — Der Gerichtshof hielt es immerhin für möglich, daß der Angeklagte nicht die Absicht einer rechtswidrigen Zueignung gehabt und zog es deshalb vor, ein freisprechendes Urtheil zu fällen.

Veranstaltungen.

Die Akademiker-Versammlung im Feenpalast am 1. März war sehr stark besucht. Die Zahl der Versammelten wird verschiedentlich auf 1500 bis 2000 geschätzt. Auch einige Sozialdemokraten hatten sich eingefunden, um gegenüber den Ausführungen der Antisemiten und Christlich-Sozialen den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei zu vertreten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte zunächst Herr stud. med. Sarway, der Vorsitzende des V. d. St., daß er nach den Informationen, die er beim Rektor und Universitätsrichter eingezogen hätte, er den sozialistischen Studenten dringend abzurathen müsse, öffentlich als Sozialdemokraten aufzutreten, da sie dann sicher einer Mahreglung von seiten der Behörde gewärtig sein müßten. Dr. Luz verliest danach die den Lesern des „B.“ bekannte Zuschrift der sozialistischen Studenten der Universität Berlin. (Siehe Sprechsaal im „B.“ vom 1. März.)

Hierauf versuchte der Referent, Herr Otto Eichler, die Rette von Mißverständnissen aufzubeden, die sich seiner Ansicht nach durch die Lehren von Maltus, Ricardo und Marx infolge ziehen, als jeder dieser Nationalökonomien auf den Irrthümern seines Vorgängers seine Theorie aufgebaut hätte; speziell Marx, der letzte dieser Unglücklichen, habe diese Konfusion dadurch vergrößert, daß er seine nationalökonomischen Lehren auf die Hegelsche Philosophie zu gründen suchte. Wir können nun unseren Lesern nicht zumuthen, dem Herrn in das Labyrinth seiner unklaren Ausführungen, aus dem er selbst nicht mehr herauszukommen vermag, zu folgen; ebenso übergehen wir die mehr oder weniger gelungenen, freiwilligen oder unwillkürlichen Witz dieses Herrn, denen er auch den ihm beim Verfassen der Rednerbühne zu Theil werdenden rauchenden Beifall verdankt. Ledebour wendet sich gegen den Referenten; er führt der Versammlung in großen Zügen die Grundlage der Marx'schen Lehre vor. Redner kommt nun auf den Nationalismus zu sprechen, das Stedensped derer, welche die „vaterlandlose“ Sozialdemokratie bekämpfen. Er verwies darauf, daß die falsche Auffassung des Begriffs Nation die Staatslenker zu ähnlichen unheilvollen Maßnahmen verleitet habe, wie seinerzeit der Versuch allen Einwohnern eines Staates die nämliche Religion aufzuzwingen. Daraus seien die schrecklichen Religionskriege im 16. und 17. Jahrhundert entstanden. So halte man es jetzt für gerechtfertigt, den Einwohnern eines Staates die nämliche Nationalität aufzuzwingen. Der Irrthum der Vertreter dieser Art von Nationalismus bestehe darin, daß sie Abstammung, Staatsangehörigkeit und Sprachgemeinschaft in einen Topf werfen. (Unruhe, Zwischenrufe.) Auch er sei national, aber nur in bezug auf das geistige Leben, international in bezug auf das staatliche Leben. Als der Redner, durch einen Zwischenruf provoziert, erklärte, daß für ihn sich nicht die schönsten Erinnerungen der deutschen Geschichte an die Hohenzollern knüpfen, da machten sich die gestränkten Herzen unserer Surrahpatrioten in einem wahren Sturm der Entrüstung Luft, so daß die Versammlung auf einige Minuten vertagt werden mußte. Redner schloß darauf mit der Aufforderung an die Studenten, nicht „mit gesenktem Blick in das Pöhlchenland zurückzuschauen“, wie es in einem bekannten Studentenliede heißt, sondern als freie Männer für die Volksherrschaft, insbesondere für das Recht der freien Meinungsäußerung einzutreten. Aus dem starken Beifall der der Rede folgte und sie hin und wieder begleitete, ging zur Genüge hervor, daß mehrere Hunderte der Anwesenden mit ihren Sympathien auf Seiten der Sozialdemokratie standen. Traube schließt sich dem Vorredner in wesentlichen an. Dr. Jordan erhebt sich über den jüdischen Geist im Kapitalismus und Sozialismus. Viktor W a n g e m a n n ermahnt die akademische Jugend zu prüfen, ob die Motive für ihre Ablehnung des Sozialismus, reine seien. In warmen Worten schildert er den Nothstand im Proletariat und ruft zu dessen Bekämpfung auf. Selbstverständlich weist er zur Abhilfe nur die Palliativmittelchen der christlich-sozialen Reform anzugeben. Stadtv. H e n t i g bot der Versammlung den Typus eines Redners

der unwillkürlichen Komik. Dieser „Oberlehrer“ kennzeichnet sich wohl am besten dadurch, daß er Kobespierre für einen Sozialisten erklärte. Weiterhin sagte er: Wie ganz anders gehe es doch in einer Studentenversammlung wie in einer sozialdemokratischen zu. Da steht zunächst am Eingang ein Keller, in den jeder 10 Pf. zu legen hat. (Aufe: Hier auch!) Nun, das mag ja zur Deckung der Unkosten erforderlich sein. Da werden aber außerdem im Saale Broschüren verkauft! (Aufe: Hier auch!) Und welcher Blödsinn wird dort feil geboten. (Aufe: Hier auch!)

Dr. Luz rüth dem Referenten und dem Vorredner der gegnerischen Seiten, ehe sie über den Sozialismus reden, ihn kennen zu lernen. Gegen Wangemann's Ausführungen über die Ausföhrlosigkeit der Sozialdemokratie zeigt er an den Beispielen der Kartelle, wie die Sozialisirung der Produktion vor unseren Augen vor sich geht. Redner spricht seine Freude darüber aus, daß das kleine Häuflein der sozialistischen Studenten zwei große Versammlungen habe zusammenzubringen können. (Lebhafte Proteste!) So, dann war es nicht Witzbegierde, sondern Neugierde. Nachher sprach Herr stud. Sarway in nationaler Sprache und im liberalen Dr. K a h. Reichstags-Abgeordneter Freiherr von Langen vernichtete mit viel Behagen und wenig Witz die Sozialdemokratie in der Studentenschaft. Nach einer nochmaligen Ehrenrettung des Antisemitismus durch stud. Göhre, der erklärte, man könne den Antisemiten vielleicht Dummheit, aber keinen Egoismus vorwerfen, wurde eine Resolution angenommen, in der das Bureau der Versammlung beauftragt wurde, vor der Universitätsbehörde vorzutreten zu werden, daß jedem Studierenden das Recht der freien Meinungsäußerung unbehindert von Staats- und Universitätsbehörden gewährleistet werde. Während man zur Abstimmung über eine zweite Resolution schritt, in der gegen das Eindringen der vaterlandlosen Sozialdemokratie in die Studentenschaft protestirt wurde, verließen die sozialistischen Studenten den Saal, um den vorausgehenden hurrapatriotischen Kundgebungen zu entgehen. So erklärte es sich, daß diese Resolution nahezu einstimmig angenommen wurde.

Demisches.

Für Autographenwütherische. Folgende „Postkarte“ Hoffmanns findet sich im „Reingarten“: „Von jetzt ab können Gesuche um Autographen wieder berücksichtigt werden, denn ich habe einen Schreiber aufgenommen, der bevollmächtigt ist, diese in meinem Namen auszufertigen.“

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.) Petersburg, 2. März. Sämtliche Gouvernements und Gebiete des Reiches, mit Ausnahme der Gouvernements Wolhynien, Kowno, Plozk und Tschernigow, werden für frei von asiatischer Cholera erklärt.

Briefkasten der Redaktion.

L. W., Langestraße. Wie können Sie sich so sehr über den „Sozialist“ entrüsten. So wie Sie haben wohl auch alle anderen Leser des „Vorwärts“, die nicht mit der anarchistischen Brille der Redakteure des „Sozialist“ unser Blatt lesen, herausgeföhlt, daß wir Dr. Gumpelwitz entlassen, seine Freisprechung im Revisionsverfahren ermöglichten wollten. Einzig richtig an der Darstellung des „Sozialist“ soll sein, daß G. Abtheilungswar. Für seine erbliche Belastung sprechen eine Reihe von Mittheilungen, die uns von genauen Kennern seiner Familie zugegangen sind, die wir aber aus leicht begreiflichen Gründen nicht veröffentlichen können. Die Niederträchtigkeit gegen unseren Genossen Schoenlant richtet sich von selbst. Daß sich für dieselbe auch kein Schimmer von Beweis erbringen läßt, wird jedem klar sein, der Schoenlant kennt. Uebrigens existiren 3000 Zeugen dafür, daß an der Sache kein wahres Wort ist.

G. G. Die Zentralisation der Orts-Krankenkassen hat mit dem Parteikampfpunkt garnichts zu thun. Eine Orientirung über diese Angelegenheit finden Sie am besten in dem Artikel, der von der Kommission für Zentralisation der Orts-Krankenkassen im „Vorwärts“ veröffentlicht ist.

H. T. In diesem Fall ist nichts zu machen.

A. W. Die Adresse des Genossen Peus ist Unhalt, Redaktion des „Volkblatt“.

Alter Abonnent G. Beantworten Sie beim Amtsgericht I, Neue Friedrichstr. 13, Sühneterrain. Nach dem Termin müssen Sie einen Anwalt nehmen. Der Prozeß kann etwa 1 Jahr dauern.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 5. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Doig Müller**, Alte Jakobstraße 48a: **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadt. Frh. Wilke über: „Die Bedeutung des 1. Mai.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes. Die Kollegen werden höflichst ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. 474/15 **Der Vorstand.**

Gesangverein Männer-Chor St. Urban.

Sonnabend, den 3. März 1894:

Grosser Wiener Masken-Ball

in den Sälen des **Etablissement Sanssouci**, Rotbuserstr. 4a. Anfang 8 1/2 Uhr. Um 12 Uhr: Demasirung. Um 1 Uhr: **Grosser humoristischer Aufzug** sowie **Aufführung.** Allen Anwesenden einen gemüthlichen Abend versprechend, ladet zu regem Besuch ein 447/12 **Der Vorstand.**

Billigste Bezugsquelle!

Wecker-Uhren, bestes Fabrikat, 2,40, 3 und 4 Mark. **Wanduhren** mit Schlagwerk 3,50, 4 und 5 Mark. **Reparaturen** unter Garantie gut und billig. **H. Schneider, Uhrmacher und Optiker, Brunnenstraße 40.**

Oranien-Bad, Oranienstr. 44

Dampfbaden-Bad. Einpackung in seidnen Laken. Massage. Mitglieder sämtlicher Vereine zahlen nur pro Bad mit Packung und Massage **75 Pfennige.** Kuchern im Schwefel-, Sool-, Sit- und Wannendäcker. 3 Wannendäcker mit Seife und Handtücher 1 Mark.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.

Ausstattungen in Mahagoni u. Nußbaum; Küchenmöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco. **Franz Tutzauer, Berlin S.O., Spinnierstr. 25.**

Jede Uhr

repariren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1,50 M.**, außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer u. g. rauchter Taschenuhren, Regulatoren u. Weder etc. Alle Arten Ketten, sowie Brillen und Binocets. 54422^g

Carl Lux, 34. Chausseestr. 34. Bitte genau auf No. 34 zu achten.

Rem. Ank. Uhr mit echter Nikolokette. **5 Mark. Garantie!**

Sieb. Rem. Uhr feinst. Wert 16,50 M. Umtausch gest. Beste Quelle f. Uhren. u. Schmuck. **Joh. Gg. Müller, Verfaßdgt. Pforzheim.**

Admirals-Garten.

Vereinzelzimmer von 20 bis 50 Personen, sowie Säle für Hochzeiten u. Versammlungen empf. **Schönherr, Koch, 19936 Admiralstr. 88.**

Schuhe und Stiefel

mit Kontroll-Marke. Allen Freunden u. Genossen empfehle mein **Schuh- und Stiefel-Geschäft.** Große Auswahl in Winter-Artikeln zu den billigsten Preisen. 54651^g **L. Zaake, Küstriner-Platz Nr. 8.**

Hitzig's Restaurant Schützenhaus.

Birkenwerder a. d. Nordbahn. Einziges Lokal für Arbeiter. Freunden und Genossen bestens empfohlen zu Landpartien. 57092^g

Polsterwaaren und Möbel

sollde Arbeit, in eigener Werkstatt gefertigt. 56252^g **A. Mann, Tapezier und Dekorateur, Prinzessstr. 74 (n. d. Moritzplatz).**

Alte Stiefel

Rußo., v. Bergzug sehr bill. Runge, Naunpstr. 2. **Paffend für Brautleute!** Russ. Wirthschaft u. Kücheneinricht. verzugshalber zu verkaufen Wilmstraße 57 im Keller. 2096b

Fischerei

mit 6 Bänken und guter Kundschaft ist sofort zu verkaufen Schöneberg, Helmsstraße 5. 2097b

Privat-Mittagstisch

Theilnehmer erwünscht. (50 Pf.) Luisen-Ufer 28, 3 Tr. d. S c h u l z. 2084b

Grünframsaden mit Rolle

verläßlich. Ausl. Linienstr. 7, Sattlerei.

Kleider u. bill. gefärbt u. Wunsch

gleich aufgearbeitet b. Klar, Oranienstraße 13, 2 Tr. v. (Heinrichplatz.)

Damenkleider werden angefertigt

in eleganter wie einfacher Ausführung v. 6 M. an. **Sohnowski, akademisch ausgeb. Schneiderin, Prinzenstr. 92, 3 Tr.**

Tempel's Rezipale,

65. Langestr. 65. Heute, Sonnabend, den 3. März: **Grosser Maskenball.** Kein Frackzwang. 57082^g

Martin Klein,

Uhrmacher, 54641^g **25 Neue Hochstr. 25** empfiehlt sein Lager aller Arten **Wand- und Taschen-Uhren.** Reparaturen zu soliden Preisen

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 44351^g am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!** Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.**

Handwerker-Nähmaschine, wenig

gebr. Nr. 98 M., ist für 25 M. gegen baar zu verk. Lichtenbergerstr. 4, 1 Tr. r.

Kanarienvoller, Hechhähne, billig.

Wobertstr. 4, d. l. 4 Tr. 2091b

Kanarienhähne 6,00, Weibchen

1,25, Hechbauer 2,50. **Schnelle, Ghalterstr. 132.**

Wendelstr. 38 kleine Wohn. billig

sofort oder später zu verm. 2088b^g

Kaupachstr. 7, 2 Stuben, Küche, auch

eine Stube, Küche, billig zu vermieten.

Arbeitsmarkt.

Laufbursche für Nachmittag verlangt die Eisenhandlung Wienerstr. 21. Tischlergesellen auf bessere Kastenarbeit, Buffets und Salonchränke, aber nur solche, verlangt Carl Müller, Schönhauser Allee 161a. 2:00b

Soziale Ueberlicht.

An die Bureau-Angestellten! Am 1. April er. wird von der unterzeichneten Kommission die erste Nummer des Fachblattes „Der Bureau-Angestellte“ zur Ausgabe gelangen.

Wir fordern die Kollegen auf, in richtigem Erkenntnis ihrer eigenen Interessen, durch zahlreiches Abonnement das neue Organ zu unterstützen, damit es das werden kann, wozu es bestimmt ist: eine scharfe und schneidige Waffe in unserem gerechten Kampfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung, ein Beweiser und eindringlicher Mahner für die große Masse der Gleichgiltigen.

Nur bei reger Beteiligung der Kollegenschaft kann das Blatt dazu beitragen, daß unser Ziel, den Berufsangehörigen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, recht bald erreicht wird.

Alle Anfragen und Sendungen sind zu adressiren an: B. Apor, Berlin N., Treseowstr. 16.

Die Agitationskommission der Berliner Bureau-Angestellten. J. A.: F. Schulz.

An die Händler und Händlerinnen in Berlin und Umgegend! Der Unterzeichnete ladet hiermit sämtliche Händler und Händlerinnen, die ihren Bedarf auf der Straße und in Lokalen nachgeben müssen, zu einer Besprechung ein.

Die Besprechung findet am 6. März Nachmittags 2 Uhr im Lokale des Herrn Joel, Andreasstraße 21, statt.

Die Besprechung wird von Herrn J. A. Quade, Stallschreiberstr. 57.

Achtung, Schuhmacher! Am Montag, den 5. d. M. finden von den Filialen des Vereins deutscher Schuhmacher drei Versammlungen statt und zwar für die erste Filiale bei Feindt, Weinstraße 11.

Die zweite Filiale bei Bräuning, Rosenstraße 11/12. Für die dritte Filiale bei Werner, Walowstraße 59. Referent Dittmar.

H. Sperber, Weidenweg 5.

Lohnkämpfe der Maler, Radierer, Kupferstecher etc. stehen bevor in Frankfurt a. M., Nordhausen, Greiz und Fürstenwalde.

Die Postbriefträger in Dresden und in Chemnitz sollen abwechselnd des Sonntags feiern dürfen. Es soll in Zukunft in diesen Städten nur eine Briefbestellung am Sonntag Morgen stattfinden.

Die hochgeschraubte Konkurrenz unter den Fabrikanten ist, geht u. a. auch daraus hervor, daß die Stontengewährung an die Abnehmer von Waaren eine immer größere wird. So zahlen die Fabrikanten in Annaberg im sächsischen Erzgebirge ihren Kunden bei Begleichung der Rechnung bis zu 14 pCt. Skonto.

Ein Impfgegner-Prozess spielte sich am 27. Februar in Erfurt ab. 7 Personen hatten sich vor der dortigen Strafkammer zu verantworten, weil sie sich geweigert hatten, ihre Kinder impfen zu lassen.

Der Stadtrath zu Gera hat sich mit den vom Gemeinderath hinsichtlich des zu errichtenden Gewerbegerichts gefaßten Beschlüssen einverstanden erklärt.

Eine sehr vernünftige Verfügung ist seitens des Präsidiums und des Ersten Staatsanwalts des Landgerichts Glatz an die Justizbehörden dieses Bezirks erlassen worden, in welcher dieselben ersucht werden, beaufsichtigte Herabführung einer Vereinfachung des schriftlichen Verkehrs alle Korknoten, wie Hochwölgeböden, Wohlgebornen, gehorsamt, ehrenbietig, ergebenst, als überflüssig wegzulassen.

Die Mißwirtschaft der kapitalistischen Produktionsweise wird grell beleuchtet durch die Zustände in der Diamantindustrie. In Antwerpen sind schon seit vielen Monaten von den 12 000 direkt in diesem Fache beschäftigten Arbeitern beinahe 12 000 arbeitslos.

Die Hauptursache dieser schlechten Zustände liegt darin, daß die ganze Diamantindustrie beherrscht wird von einem einzigen Syndikat „De Boers Diamond Mining Company“ in London. Dieses Syndikat, das alle Minen in Süd-Afrika an sich gezogen hat, hat die Preise des Rohdiamants derart in die Höhe getrieben, daß der geschliffene Diamant verhältnismäßig nicht genügend bezahlt werden kann, der Absatz also geringer wird.

Militärischer Boykott. Die sächsischen Militärbehörden begehren fortgesetzt Verkäufe gegen das Gesetz, ohne aber, wie das bei Sozialdemokraten nur zu gern und oft geschieht, von dem Staatsanwalt gefast zu werden.

Die Hauptursache dieser schlechten Zustände liegt darin, daß die ganze Diamantindustrie beherrscht wird von einem einzigen Syndikat „De Boers Diamond Mining Company“ in London.

Die Hauptursache dieser schlechten Zustände liegt darin, daß die ganze Diamantindustrie beherrscht wird von einem einzigen Syndikat „De Boers Diamond Mining Company“ in London.

Die Hauptursache dieser schlechten Zustände liegt darin, daß die ganze Diamantindustrie beherrscht wird von einem einzigen Syndikat „De Boers Diamond Mining Company“ in London.

Die Hauptursache dieser schlechten Zustände liegt darin, daß die ganze Diamantindustrie beherrscht wird von einem einzigen Syndikat „De Boers Diamond Mining Company“ in London.

materiellen Nothstand auch noch die öffentliche Brandmarkung hinzutritt. Und auf solche Weise hofft man die Refskanten zu „bessern“.

Versammlungen.

Im sechsten Wahlkreise fand am 1. d. Mts. eine von dem Vertrauensmann Augustin einberufene öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Sueb über „Klassenkampf und Proletariat“ sprach.

Der Gauverein Berliner Bildhauer theilt uns mit, daß seine Stellenvermittlung nicht, wie es im gestrigen Versammlungsbericht hieß, Montags, sondern am Sonntag Vormittagen ausfallen soll, und zwar vom 1. April ab.

Der Verband der Möbelpolier Berlin und Umgegend hielt am 19. Februar seine Monatsversammlung ab. In derselben referirte Genosse Dr. Heymann über das Thema „Schule und Kirche“.

Die Ortskrankenkasse für das Barbiergewerbe beschäftigte sich in seiner letzten Generalversammlung mit der Aenderung des § 17 des Statuts der Kasse, daß Geschlechtskranke 12 Monate keine Unterstützung beanspruchen können.

Die Mitglieder der Ortskrankenkasse der Sattler erklärten sich in einer Versammlung am 24. d. Mts. nach einem Referat des Kollegen Tammhausen für die Zentralisation der Ortsklassen.

Der Fachverein der Firmenschilder-Branche hielt am 27. Februar eine antbesuchte Generalversammlung ab. Der Kassenericht ergab einen Bestand von 4891 M.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein (Filiale Nord) hielt am 28. Februar seine Monatsversammlung ab. Herr Dr. Jodl hatte das Referat übernommen.

Die Hauptursache dieser schlechten Zustände liegt darin, daß die ganze Diamantindustrie beherrscht wird von einem einzigen Syndikat „De Boers Diamond Mining Company“ in London.

Die Hauptursache dieser schlechten Zustände liegt darin, daß die ganze Diamantindustrie beherrscht wird von einem einzigen Syndikat „De Boers Diamond Mining Company“ in London.

Die Hauptursache dieser schlechten Zustände liegt darin, daß die ganze Diamantindustrie beherrscht wird von einem einzigen Syndikat „De Boers Diamond Mining Company“ in London.

Die Hauptursache dieser schlechten Zustände liegt darin, daß die ganze Diamantindustrie beherrscht wird von einem einzigen Syndikat „De Boers Diamond Mining Company“ in London.

Die Hauptursache dieser schlechten Zustände liegt darin, daß die ganze Diamantindustrie beherrscht wird von einem einzigen Syndikat „De Boers Diamond Mining Company“ in London.

Die Hauptursache dieser schlechten Zustände liegt darin, daß die ganze Diamantindustrie beherrscht wird von einem einzigen Syndikat „De Boers Diamond Mining Company“ in London.

Die Hauptursache dieser schlechten Zustände liegt darin, daß die ganze Diamantindustrie beherrscht wird von einem einzigen Syndikat „De Boers Diamond Mining Company“ in London.

Die Hauptursache dieser schlechten Zustände liegt darin, daß die ganze Diamantindustrie beherrscht wird von einem einzigen Syndikat „De Boers Diamond Mining Company“ in London.

Die Hauptursache dieser schlechten Zustände liegt darin, daß die ganze Diamantindustrie beherrscht wird von einem einzigen Syndikat „De Boers Diamond Mining Company“ in London.

Die Hauptursache dieser schlechten Zustände liegt darin, daß die ganze Diamantindustrie beherrscht wird von einem einzigen Syndikat „De Boers Diamond Mining Company“ in London.

Die Hauptursache dieser schlechten Zustände liegt darin, daß die ganze Diamantindustrie beherrscht wird von einem einzigen Syndikat „De Boers Diamond Mining Company“ in London.

Wilmersdorf auf sanitärem Gebiete zu bessern bereit ist, wie sie seine Hand gerührt hat, den Nothstand des Winters zu steuern, ja den bei der Straßenreinigung beschäftigten Arbeitern keinen höheren Lohn als 2,50 M. pro Tag gewährt, während sie bei der Steueranleihe die Arbeiter möglichst hoch bedrückt.

Der Verband der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin 1. Montag, den 5. März, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für Arnswalde-Friedberg, Sonnabend, den 3. März, Abends 8 Uhr, in Tempel's Lokal, Langestraße 65: Generalversammlung.

Neuer Berliner Handwerker-Verein, Sonnabend, den 3. März, Abends 9 Uhr, im Restaurant G. Gabu, Neue Königstraße 77: Vereinsversammlung.

Achtung, Schäftebrand! Sonnabend, den 3. März, Abends 9 Uhr, Wallstraße 20: Öffentliche Versammlung.

Verein deutscher Schuhmacher, Versammlungen am Montag, den 5. März, Abends 9 Uhr: Filiale 1 bei Feindt, Weinstr. 11.

Verein der Hagenwälder, Sonnabend, den 3. März, Abends 9 Uhr, Leipzigerstr. 125: Sitzung. Gäste willkommen.

Verein ehemaliger Schüler des 80. Gemeinde-Schule, Sonnabend, den 3. März, Abends 9 Uhr, im Restaurant Böttcher, Rappstraße 60: Vortrag des Herrn Lehrer Halb über: Professor Dr. H. H. H. H.

Christliche Gesellschaft, Sonntag, den 4. März, Abends 8 Uhr: Zwei Versammlungen. 1. In Grämer's Bierkeller, Commandantenstr. 77-79.

Freireligiöse Gemeinde, Rosenfelderstr. 25, Sonntag, den 4. März, Vormittags 10 1/2 Uhr: Vortrag des Bräuleins Ida Altmann über: „Erziehungsfrüchte“.

Gemeinnützige Gemeinde, Commandantenstr. 79, Sonntag, den 4. März, Vormittags 10 1/2 Uhr: Vortrag des Herrn G. S. Schäfer über: Uebergang des christlichen Zeitalters in ein neues Zeitalter.

Arbeiter-Bildungsschule, Sonnabend, Abends 8-10 1/2 Uhr, D. N. Schule, Wallstraße 21: Unterricht in Rechnen, Säch. O. Schule, Weidenbergstr. 125: Unterricht in: Volkshilfliche Reden.

Arbeiter-Gängerbund Berlin und Umgegend, Vorsitzender Ad. Neumann, alle Versammlungen im Vereinslokalen sind zu richten an Friedrichstr. 40, v. 2. Tr. Sonnabend, Abends 8 Uhr: Uebungshunde.

Alle Zuschriften, den Bund der geselligen Arbeitervereine betreffend sind zu richten an: V. Genfel, Bergmannstr. 14, Post f. 22, Sonnabend 8 Uhr: Theaterverein Kuria, Weidenbergstr. 9 bei Meier, Abends 8 Uhr.

Vertragsgenossen, Sonntag, den 4. März, Abends 8 Uhr: Gefelliger Verein Deutsch, Lindenstr. 105, im Bürgergarten. - Nordklub Gemüthlichkeit, Lindenstr. 105, im Bürgergarten. - Nordklub Gemüthlichkeit, Lindenstr. 105, im Bürgergarten.

Vertragsgenossen, Sonntag, den 4. März, Abends 8 Uhr: Gefelliger Verein Deutsch, Lindenstr. 105, im Bürgergarten. - Nordklub Gemüthlichkeit, Lindenstr. 105, im Bürgergarten.

Vertragsgenossen, Sonntag, den 4. März, Abends 8 Uhr: Gefelliger Verein Deutsch, Lindenstr. 105, im Bürgergarten. - Nordklub Gemüthlichkeit, Lindenstr. 105, im Bürgergarten.

Vertragsgenossen, Sonntag, den 4. März, Abends 8 Uhr: Gefelliger Verein Deutsch, Lindenstr. 105, im Bürgergarten. - Nordklub Gemüthlichkeit, Lindenstr. 105, im Bürgergarten.

Vertragsgenossen, Sonntag, den 4. März, Abends 8 Uhr: Gefelliger Verein Deutsch, Lindenstr. 105, im Bürgergarten. - Nordklub Gemüthlichkeit, Lindenstr. 105, im Bürgergarten.

Vertragsgenossen, Sonntag, den 4. März, Abends 8 Uhr: Gefelliger Verein Deutsch, Lindenstr. 105, im Bürgergarten. - Nordklub Gemüthlichkeit, Lindenstr. 105, im Bürgergarten.

Vertragsgenossen, Sonntag, den 4. März, Abends 8 Uhr: Gefelliger Verein Deutsch, Lindenstr. 105, im Bürgergarten. - Nordklub Gemüthlichkeit, Lindenstr. 105, im Bürgergarten.

Vertragsgenossen, Sonntag, den 4. März, Abends 8 Uhr: Gefelliger Verein Deutsch, Lindenstr. 105, im Bürgergarten. - Nordklub Gemüthlichkeit, Lindenstr. 105, im Bürgergarten.

Vertragsgenossen, Sonntag, den 4. März, Abends 8 Uhr: Gefelliger Verein Deutsch, Lindenstr. 105, im Bürgergarten. - Nordklub Gemüthlichkeit, Lindenstr. 105, im Bürgergarten.

Vertragsgenossen, Sonntag, den 4. März, Abends 8 Uhr: Gefelliger Verein Deutsch, Lindenstr. 105, im Bürgergarten. - Nordklub Gemüthlichkeit, Lindenstr. 105, im Bürgergarten.

Verband der in Buchbindereien,
der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäft.
Arbeiter und Arbeiterinnen, Mitgliedschaft Berlin.
Montag, den 5. März a. c., Abends 8 1/2 Uhr, Alte Jakobstr. 75:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Gorchardt über: „Die Gestalt der Erde und ihre Beziehung zur Sonne“. 2. Ergänzungswahl zur Arbeitsnachweis-Kommission. 3. Mitgliedschaftsangelegenheiten.
459/15
Heute Abend in der „Berliner Ressource“: **Stiftungsfest.** Anfang des Konzerts präzis 8 1/2 Uhr.
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Achtung! Große Achtung!
Volks-Versammlung
Montag, den 5. März, Abends 8 Uhr,
in Ahrends' Brauerei, Moabit, Thurnstraße Nr. 26—27.

Vortrag über: Die Streuvorlagen und die Frauen des Proletariats.
Referentin: Genossin Clara Zetkin-Stuttgart.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen, besonders der Frauen, ersucht
Die Frauen-Agitationskommission.
Dies ist die letzte Versammlung, in der Genossin Zetkin vor ihrer Abreise referirt.
460/20

Achtung! Vergolder! Achtung!
Große öffentliche Versammlung
aller im Vergoldergewerbe beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Montag, den 5. März, Abends 8 1/2 Uhr,
in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11.

Tagesordnung:
1. „Der 1. Mai und wie denken wir denselben zu feiern?“
Referent: Genosse D. Mäher.
2. Diskussion.
3. Rechenschaftsbericht des Delegierten der Gewerkschaftskommission.
4. Neuwahl des Delegierten.
5. Der Streit der Kollegen in Burg bei Magdeburg und Verschiedenes.
Kollegen und Kolleginnen, kommt alle und seid pünktlich am Platz!
Die Agitations-Kommission.
333/17

Achtung! Former! Achtung!
Zentral-Verband der deutschen Former, sowie aller in Eisen- und Metallgießereien beschäftigten Arbeiter.
(Zahlstelle Berlin.)
Montag, den 5. März, Abends 8 Uhr, im Colberger Salon,
Colbergerstr. 23: 154/16

Versammlung.
Tagesordnung: 1. Wahl eines 1. Bevollmächtigten, 1. Kassierers und 1. Schriftführers. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin
mit eigener Werkstatt.
Große Auswahl in Nussbaum u. Mahagoni, sowie großes Lager von Küchenmöbeln empfiehlt zu den billigsten Preisen bei nur solider Ausführung [5488L]
Julius Apelt, Tischlermeister,
Berlin S., Sebastianstraße Nr. 20 (früher 27/28).

Jede Uhr 5468L
zu reparieren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pfg.** (außer Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Großer Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 3 M. an. Neue silb. Cylinder-Memontoirs, 6 Steine, von 14 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Memontoirs, 14-Karat Gold v. 24 M. an. Gold- u. Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen
E. Rothert & Stolz, Geschäft: Andreasstr. 62. Uhrmacher. Chausseestr. 78.

„Wilhelma“ Dampf-Brotfabrik,
Andreasstraße 32, und in 500 Niederlagen.
Saubere mit Maschinen hergestelltes
Fein Brot, . . . ca. 5 1/2 Pfd. } für 50 Pf.
Hausbacken Brot, ca. 6 Pfd. }
Schrotbrot, ca. 2 Pfund für 25 Pf., ca. 1/2 Pfund für 10 Pf.

Echt Stonsdorfer
Sitzr. à Str. 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10, 50 Str. 47,50, 100 Str. 90 Mark.
Eugen Neumann & Co., Inh. Conrad Neumann,
Ga. Belle-Alliance-Platz 6a. 6102M
81, Neue Friedrichstraße 81. 8. Oranienstraße 8.
Künstl. Zähne 2 M., Plomben 1,50 M., schmerzloses Zahnziehen u. Nervlösen 1 M. Zahnarzt Robert Wolf, Leipzigerstr. 22, Sprechst. 8—7 Uhr.

Möbelpolierer Nixdorfs!
Morgen, Sonntag, Nachm. 2 Uhr, bei Babenschneider,
Nixdorf, Hermannstr. 118:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen G. Franke über Gewerbegerichts-Urtheile.
2. Wahl eines Kassierers für die Zahlstelle Nixdorf.
3. Verschiedenes.
449/8
Alle Möbelpolierer sind hierzu freundlichst eingeladen.

Freireligiöse Gemeinde.
Sonntag, Vormittags 10 1/4 Uhr,
Rosenthalerstraße 38:
Vortrag
von Fräulein Ida Altman:
„Erziehungserfolge“.
Gäste sind sehr willkommen. (441/11)

Tischler-Verein.
Sonntag, den 3. März 1894,
Abends 9 Uhr,
Melchiorstraße 15:
Versammlung mit Damen.
Tagesordnung:
Vortrag des Magnetopaths Herrn N. Gerling.
Ausgabe der Billets zum Oster-Vergnügen.
Vereinsangelegenheiten.
333/13 **Der Vorstand.**

Freie Kranken- und Begräbnis-
kasse der Schuhmacher
und **Bornisgenossen Berlins (G. S. 27).**
Außerordentliche
Generalversammlung
am Montag, den 12. März, Abends 8 Uhr, im Lokal Fischerstr. 25, bei Herrn Garste.
Tagesordnung: 1. Statutenänderung. (Der Abfassung der Beiträge.) 2. Junere Angelegenheit.
Mitgliedsbuch legitimirt.
20886 **Der Vorstand.**

1000 Damen!!!
Regenmäntel, Frühjahrsjaqueto,
Capes u. Kinderanzüge à 2, 3, 4,
5, 6, 7, 8, 9, 10 M. u. s. m.
Landsbergerstr. 48, I.

!! Roh-Tabak !!
Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten,
gute Qualität, tadelloser Grand,
in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Roh-Tabak-
Brunnenstr. 185.
Formen (Bodfoorn) wieder
vorrätig.

Musikinstrumente.
Alle Glas-, Streich- u. Schlag-
instrumente, Spieldosen,
u. Drehen u. selbstspielend,
Musik-Automaten
fertigt **Aug. Kessler,**
61. Sausigerstr. 61.

37 Als anerkannt reelle und **37**
billigste Einkaufs-Quelle des
Süd-Ostens für
Gold-, Silber-,
Alléidewaaren (Eig. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37
Allen Freunden und Bekannten zur
Nachricht, daß ich ein **Porzellan-**
Glas- u. Seifengeschäft
eröffnet habe u. bitte um regen Zuspruch.
Auguste Schneider, Georgenkirch-
straße 17.

Fleisch-Halle.
Detailverkauf zu Engros-Viehhoft-
preisen: Rindfleisch 50—60 Pf., Kalb-
fleisch 50—60 Pf., Schweinefleisch 55
bis 60 Pf., Hammelfleisch 45—55 Pf.
Holzmarktstraße 19,
Ecke Michaelkirch-Brücke.

Marken u. quittiren von
Partei-
Beiträgen
empfiehlt allen Genossen die
Quittungsmarken und
Kautschuk-Stempel-Fabrik
von **Conrad Müller,**
Schreudih-Str. 11.
Preisliste gratis und franko.

Alle Uhren 5462L
werden sauber und sorgfältig reparirt
unter Garantie des Gutgehens für
1,50 Mark (außer Bruch) bei
W. Winkler,
Berlin N., Reinickendorferstr. 2 g,
gegenüber der Dankes-Kirche.
Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

Buchhandlung des „Vorwärts“
Beuthstr. 2, Berlin SW.

Neueste Agitationschrift.
Heute, Sonntag, den 3. März, gelangt zur Ausgabe:
Christenthum u. Sklavenfrage.
Aus den Reichstags-Reden der Abgeordneten
Dr. Lieber, Pastor Schall und A. Bebel
bei Verathung des Kolonialgesetzes vom Februar 1894.
Preis: Einzelne **5 Pfg.** Bei Bezug von 100—500 Ex. **3 Pfg.**,
bei Bezug von über 500 Ex. **2 Pfg.** pro Exemplar.
Porto zu Lasten der Besteller.

Diese neueste Agitationschrift eignet sich ihres Inhaltes wie
des billigen Preises wegen zur Massenverbreitung, besonders
in katholischen und in jenen Gegenden, wo das protestantische
Nuderkthum dominiert. Gegen die salbungsvollen Reden Lieber's
und Schall's konstatirt Bebel in seiner scharfen und schlagfertigen
Weise den Widerspruch zwischen christlichen Redensarten und
christlicher Praxis und weist an den geschichtlichen Vorkomm-
nissen die Thatsache nach, daß die Vertreter des Christen-
thums allezeit und überall jede Form wirtschaftlicher Aus-
beutung: Sklaverei — Leibeigenschaft — „freie“ Lohnnechtschaft
— im Interesse der jeweiligen herrschenden Klassen zu vertheidigen
verstanden haben — trotz der entgegenstehenden theoretischen
Lehren des Christenthums. 443/18

Am Montag, den 5. März, erscheint:
Zweite Auflage
von
Antisemitismus und Sozialdemokratie.
Von **A. Bebel.**
Preis: 20 Pfg. Porto 3 Pfg. Wiederverkäufern Rabatt.

Am Dienstag, den 6. März, erscheint:
Gegen Gottes- und Bibelglauben.
Zwei Schriften von **Dr. A. Douai.**
I. UG des Wissens für die Denkenden. II. Eine Antwort
an die Befenner des Theismus.
Preis: 30 Pfg. Porto 5 Pfg. Wiederverkäufern Rabatt.

Vom Standpunkt der naturwissenschaftlichen Erfahrungen aus legt
der Verfasser in dieser Schrift in einzelnen Kapiteln (Gott, Un-
sterblichkeit, die menschliche Willensfreiheit) die Unhaltbarkeit der
„Beweise“ dar, die von den Vertretern des Gottes- und Bibel-
glaubens für das Dasein eines persönlichen Gottes und den gött-
lichen Willensakt der Welterschöpfung angeführt werden.

Den momentan schlechten
Geschäftsverhältnissen
Rechnung tragend, verkaufen wir von heute ab:
Herren-Paletots von 8 M. an
Hrn.-Paletots, sonst 13—24 M., jetzt von 12 M. an
Hrn.-Paletots, sonst 24—36 M., jetzt von 18 M. an
Hrn.-Anzüge, sonst 15—25 M., jetzt von 9 M. an
Hrn.-Anzüge, sonst 25—40 M., jetzt von 18 M. an
Hrn.-Jaquets, sonst 10—12 M., jetzt von 5 M. an
Hrn.-Hosen, sonst 4—9 M., jetzt von 2,50 M. an
Burschen-Paletots, sonst 12—20 M., jetzt von 6 M. an
Burschen-Anzüge, sonst 10—25 M., jetzt von 5 M. an
Knaben-Paletots, sonst 5—12 M., jetzt von 2,50 M. an
Knaben-Anzüge, sonst 4—12 M., jetzt von 2,50 M. an
Schlajröde, eleg., sonst 12—24 M., jetzt von 8 M. an
Reisemäntel, schwarze Salonanzüge, Fracks spottbillig.
Einfegnungs-Anzüge zu halben Preisen.
Diese Preise stehen in keinem Verhältnis zu den marktüblichen
Detailpreisen. Selbst für die **corpulentesten Herren** sind passende
Garderoben in jeder Auswahl fertig.
Wie aus obigen Preisen zu ersehen, ist mancher großer
Geschäftsmann nicht in der Lage, so einkaufen zu können, wie
wir verkaufen; darum lasse Niemand diese selten einzige Gelegen-
heit vorübergehen und kaufe seinen Frühjahrsbedarf im 5710L

Kleider-Baron
59 Landsbergerstr. 59, unweit Alexander-
platz, Eckladen.
Sonntag geöffnet 7—10 u. 12—2 Uhr.

Hosen, Herren- u. Knabenanzüge
spottbillig. Sopha-Teppiche v. 5 M. an
im Ausverf. Pfandleihe, Stolzigerstr. 131. **Strohhatzwirn** alle Stärken
und Farben
vorrätig. Katsch & Richter, Wallstr. 13

Oranienstraße 201 Zum Arbeiterfreund Oranienstraße 201
Das Spezial-Geschäft für Herren- u. Knaben-Garderobe, bekannt durch strenge Reellität, solide Ausführung und billige Preise, empfiehlt zur Saison 20 000 entzückende Sommerpaletots
moderne Jagons zu 8, 10, 12, 14, 16—28 M. Elegante Baumgarn-Rock- und Jaquet-Anzüge zu billigsten Preisen. Knaben- und Burschen-Paletots (sowie Anzüge halb umsonst.
Arbeiter-Garderobe, Hosen, alle Nähte doppelt genäht, unzerreißbar, neueste Marke, bekannt durch Billigkeit und gute Qualität, billiger als überall.
bekannt durch die große Haltbarkeit, zu halben Preisen, von 1 Mark an. **8000 Einfegnungs-Anzüge,** Bestellungen nach Maß innerhalb 24 Stunden ohne Preisverhöhung. (5983L)
Oranienstraße 201 Zum Arbeiterfreund Siegfried Bornstein.